

Agitations-Ausgabe.

Die Vernichtung der Sozialdemokratie

durch den Gelehrten des Centralverbandes
deutscher Industrieller

Eine Antwort

Herausgegeben im Auftrag des
Partei Vorstandes der deutschen Sozialdemokratie



Berlin 1903

Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts (Th. Glocke) in Berlin.

38/80/400 10(1)

Inhalts-Verzeichniss.

	Seite
Einleitung	3
I. Der Niedergang des Kleinbetriebes.	
a) Der Gedankengang des Programms der Sozialdemokratie	5
b) Die Betriebsstatistik der Industrie	8
c) Die Betriebsstatistik im Handel und Verkehr	10
d) Die landwirtschaftliche Statistik	12
e) Der neue Mittelstand	15
II. Die Verelendung.	
a) Die sozialistische Lehre	17
b) Das Steigen der Löhne	21
c) Die sittliche und körperliche Hebung des Volks	29
d) Die Frauen- und Kinderarbeit	35
e) Die Arbeitslosigkeit	38
III. Was nützt die Sozialdemokratie dem Volke?	43

b

Einleitung.

Das unaufhaltsame Vordringen der Sozialdemokratie bringt ihre Gegner auf die sonderbarsten Ideen und Versuche. Daß eine Bewegung, die seit 40 Jahren ununterbrochen und rasch anwächst, tief in den Verhältnissen begründet sein muß, wollen und können sie nicht zugeben, weil sie damit ihr eigenes Todesurtheil aussprechen. So verfallen sie auf die mannigfaltigsten Manieren, mit der Sozialdemokratie fertig zu werden, da aber keine hilft, können sie keine längere Zeit befolgen, müssen sie haltlos von einem Mittel zum andern schwanen.

Als die Sozialdemokratie aufkam, versuchte es Bismarck, sie für sich auszubenten und sich dienstbar zu machen. Als dies nicht gelang, ging er dazu über, die unbequeme Partei durch Gewaltmaßregeln zu unterdrücken. Als er auf dem Wege des gemeinen Rechts dabei nicht vorwärts kam, griff er zu Ausnahmemaßregeln. Aber es nützte Alles nichts. Die Sozialdemokratie wuchs unüberstehlich an. Bismarck konnte seiner Gegner schließlich nicht mehr Herr werden, ein neuer Kurs setzte ein, der hoffte, die oppositionellen Arbeitermassen durch mildere Behandlung einschläfern und ihren großen sozialistischen Zielen abwendig machen zu können.

Ganz auf gewaltthame Unterdrückung verzichtet freilich auch der neue Kurs nicht, Staatsanwälte und Polizisten werfen der Arbeiterbewegung so viel Knüttel zwischen die Beine, als das gemeine Recht liefern kann. Aber die Hauptsache ist jetzt doch der Kampf gegen die Sozialdemokratie mit „geistigen Waffen“, das heißt, man versucht den Arbeitern einzureden, daß sie alle Ursache hätten, zufrieden zu sein, und daß die Behauptungen der Sozialdemokratie im Widerspruch zu den wissenschaftlich festgestellten Thatsachen ständen.

Die Zahl der Bücher und Schriften, welche dieser Aufgabe gewidmet sind, ist Legion. Jede von ihnen zu beantworten, ist unmöglich. Es ist aber auch nicht nöthig, denn sie gleichen einander nur zu sehr. Es genügt, wenn man hin und wieder eines dieser Exemplare ansieht, um gleich die ganze Gattung zu kennen zu zeichnen. Eine der jüngsten der Schriften, die bestimmt ist, die Sozialdemokratie zu vernichten, betitelt sich:

Soziale Thatsachen und sozialdemokratische Lehren.

Ein Büchlein für denkende Menschen und besonders für denkende Arbeiter
von H. Bürger.

Es ist im Frühjahr 1902 erschienen und rühmt sich in einer späteren Auflage, der „Vorwärts“ habe es kritisiert, ohne auch nur den Versuch zu machen, eine einzige der von ihm vorgebrachten Thatsachen zu entkräften. Als ob das mit ein paar Worten geschehen könnte! Ein Narr vermag bekanntlich mehr zu fragen, als zehn Weise beantworten können, und ein Dummkopf oder Lügenbeutel kann auf einer Zeile mehr behaupten, als man auf zehn Seiten widerlegen kann.

Diese Mühe macht man sich nicht jedem Kritiker gegenüber.

Aber das Schriftchen des Herrn Bürger ist eine Quintessenz alles dessen, was in den letzten Jahren gegen das Programm der Sozialdemokratie vorgebracht worden, und es scheint den erbittertsten unserer Gegner besonders wirkungsvoll zu sein. Der Zentralverband deutscher Industrieller, diese bekannte Scharfmacher-gesellschaft, bettelt um Beiträge, die dazu benutzt werden sollen, die Bürger'sche Schrift vor den nächsten Reichstagswahlen in acht Millionen Exemplaren zu verbreiten. Wenn schon nicht die Qualität, so lohnt also schon diese Quantität die Mühe, das Schriftchen einmal näher anzusehen.

Es stellt sich die Aufgabe, die Begründung, die das Programm der deutschen Sozialdemokratie seinen Forderungen vorausschickt, als unvereinbar mit den Thatfachen zu erweisen. Es handelt sich um das auf dem Parteitage in Erfurt 1891 beschlossene Programm, dessen einleitende Sätze lauten:

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigenthum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indeß die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisirung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zerplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeuges zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vortheile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisirt. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Glends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigenthum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigenthum an Produktionsmitteln, welches ehemals das Mittel war, dem Produzenten das Eigenthum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigenthums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigenthum, und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Glends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesammten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil die anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigenthums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Herr Bürger tritt aus dem vorstehenden Programm den 1., 2., 3. und den Anfang des 5. Absatzes und macht sie zum Gegenstand seiner Kritik.

Zwei Punkte sind es, die er dabei ins Auge faßt: den Untergang des Kleinbetriebes und die Zunahme des Glends. Zahllose Biffen führt er ins Feld, um die Unrichtigkeit beider Sätze zu betreiben. Es ist mitunter recht ermüdend, solche lange Zahlenreihen zu untersuchen und zu beleuchten. Aber mer es fertig gebracht hat, sich durch die bürgerlichen Zahlen durchzuarbeiten, soll sich nicht die Mühe verdrießen lassen, zu sehen, was dahinter steckt. Einem Mannes Rede ist bekanntlich keines Mannes Rede. Man muß sie billig hören. Bede.

I. Der Niedergang des Kleinbetriebes.

a) Der Gedankengang des Programms der Sozialdemokratie.

Vor Allem untersucht Bürger die Frage, ob der Kleinbetrieb untergeht. Mit nichten, behauptet er und verweist uns auf die jüngste Berufs- und Betriebsstatistik des Deutschen Reichs, aus deren Ergebnissen er für die Industrie schließt:

„Die Bevölkerung hat sich von 1882—1895 nur um 13,5 Prozent vermehrt. Nahezu doppelt so stark wie die allgemeine Volkszunahme war die Steigerung der Arbeiterzahl in den gewerblichen Kleinbetrieben, fast fünfmal so stark die Vermehrung der Arbeiterzahl in den kleineren Mittelbetrieben. Wie verträgt sich das mit der Behauptung des Sozialistenprogramms, daß die kleinen Betriebe untergehen?“

Er führt dann aus, daß in den Klein- und Mittelbetrieben in Deutschland noch weit mehr als sieben Millionen Menschen arbeiteten.

„Diese müßten der Herrschaft des Großkapitals unterworfen werden, ehe wir für die angeblichen Segnungen des Sozialismus reif sind. Wie viel Jahrhunderte oder Jahrtausende kann das noch dauern? Und was für Narren müssen die Leute sein, die sich Angesichts obiger statistischer Thatfachen der Führung einer Partei anvertrauen, deren Programm erst am St. Nimmerleinstag ausführbar wird!“

Aber noch schlimmer für die Sozialdemokratie, als in der Industrie, steht es im Handel und Verkehr.

„Die Zunahme der kleineren und mittleren Handelsbetriebe ist sehr stark; sie ist 6 bzw. 7½ mal so groß wie die Bevölkerungszunahme, die, wie schon erwähnt, nur 13,5 Prozent betrug.“

Nun kommt die Landwirtschaft dran, deren Betriebszahl sich von 1882 bis 1895 um nahezu 300 000 erhöht hatte, und zwar in allen Größenklassen fast gleichmäßig.

Beweisen alle diese Zahlen nicht haarscharf, daß „die Sozialdemokratie heute eine Partei ist, die ihr Programm auf einer Reihe von Behauptungen aufbaut, die unwahr sind?“ Und so schließt denn auch Herr Bürger das Kapitel voll moralischer Entrüstung mit der Frage: „Kann ein wahrheitsliebender Mann einer solchen Partei angehören?“

Die Wahrheitsliebe, sie hat es Herrn Bürger angethan. Mit einem Motto zum Preise der Wahrheit — „Die Wahrheit wird Euch frei machen“ — leitet er sein Schriftchen ein, dessen Schlußseite übersieht von tugendhafter Entrüstung über die Sozialdemokratie, die er als „die schärfste Gegnerin der Wahrheit erlannt hat.“

Aber diese verruchte Notte hat die schlimmste Gewohnheit, Niemand auf's Wort zu glauben, sondern sich jede Behauptung näher anzusehen, mag sie auch von dem glühendsten Lobredner der Wahrheit herrühren.

Ob wir das thun, müssen wir jedoch klar werden darüber, was das Pro-

gramm der Sozialdemokratie tatsächlich besagt. Ein Parteiprogramm wird in der Regel sehr verschieden ausgelegt werden können, und zwar um so mehr, je mehr es über eine bloße Sammlung von einzelnen Forderungen hinausgeht und Wesen und Ziele der Partei wissenschaftlich zu begründen sucht. Denn das heißt nichts Anderes, als in wenigen Sätzen den Inhalt einer ganzen großen wissenschaftlichen Literatur zusammenzufassen. Wer von dieser Literatur nichts kennt, der wird stets Gefahr laufen, das Programm nicht zu verstehen. Wer Andere über das Programm belehren will, hat daher zunächst die Aufgabe, sich selbst mit der Literatur vertraut zu machen, auf die es sich stützt. Freilich hat dieses Studium für unsere Gegner keine Schattenseiten. Es erfordert nicht bloß Zeit und Nachdenken, es erschwert auch die Widerlegung des Programms. Viel einfacher ist es, dies ohne alles Wissen möglichst albern auszulegen. Dann macht sich die Widerlegung für jeden „wahrheitsliebenden“ Mann von selbst.

Herr Bürger scheint zu glauben — oder er thut wenigstens so — als ob die Sozialdemokratie sagen wollte: das völlige Verschwinden des Kleinbetriebes ist die Vorbedingung der sozialistischen Gesellschaft. An dem Tage, an dem es in keinem Arbeitszweig mehr einen Kleinbetrieb giebt, werde die sozialistische Gesellschaft möglich, nicht früher. Darum weist er auf die 7½ Millionen Arbeiter in den Kleinbetrieben und auf deren Zunahme hin, um daraus zu schließen, das Programm der Sozialdemokratie werde erst am St. Nimmerleinstag durchführbar.

In Wirklichkeit entspringt dieses Programm einem ganz anderen Gedankengange.

Ehedem herrschte in der Produktion der Kleinbetrieb, sowohl in der Landwirtschaft wie in der Industrie. Das heißt, es gab wohl auch Großbetriebe, aber die waren in der Regel den Kleinen nicht technisch überlegen. Jeder Kleinbetrieb umfaßte meist nur die Arbeitskräfte der Familie oder höchstens 1 bis 2 Lehrlinge und Gesellen oder Knechte. Jeder Arbeiter hatte damals Aussicht, einmal selbständiger Besitzer seiner Produktionsmittel, Land, Arbeitsvieh, Werkzeuge, Rohmaterial, zu werden. Wo er daran gehindert wurde, waren andere Umstände daran Schuld als die Produktionsbedürfnisse. Die Masse der Bevölkerung hatte kein Interesse, das Privateigentum an den Produktionsmitteln abzuschaffen, sondern vielmehr das größte Interesse, es zur allgemeinen Ursache und Jeder-mann zugänglich zu machen. Damals hätte der Sozialismus, das Streben nach gesellschaftlichem Besitz und Betrieb der Produktionsmittel, niemals die Mehrheit in der Bevölkerung, auch nicht der Beschloßenen, gefunden.

Aber die Sachlage ändert sich, sobald der kapitalistische Großbetrieb auf-taucht und den Kleinbetrieb immer mehr zurückdrängt. Es ist unmöglich, daß jeder Arbeiter einen Großbetrieb erwirbt, denn ein solcher erfordert viele Arbeiter. Je mehr der Großbetrieb herrscht, desto größer die Zahl der Arbeiter, die vom Besitz der Produktionsmittel, mit denen sie produzieren, ausgeschlossen sind, die also kein Interesse am Privateigentum an den Produktionsmitteln haben. Aber jeder Arbeiter muß trachten, Herr seiner Produktionsmittel zu sein. Ist er nicht ihr Herr, so wird er ihr Sklave. Der Lohnarbeiter des Kapitals muß trachten, die Herrschaft der kapitalistischen Produktionsmittel über ihn zu brechen. Er kann dies nicht mehr thun dadurch, daß er das Privateigentum an ihnen fordert — dies Privateigentum ist vielmehr die Ursache seiner Sklaverei — sondern nur noch dadurch, daß er die Aufhebung dieses Privateigentums und den gesellschaftlichen Besitz und Betrieb der großen Produktionsmittel fordert. Nur noch dadurch, daß die Gesellschaft Herr der Produktionsmittel wird, kann der Lohnarbeiter als Mitglied einer Gesellschaft von Freien und Gleichen der kapitalistischen Sklaverei entgehen und zur Herrschaft über die Produktion gelangen. Er kann es nicht mehr als Einzelner, sondern nur noch

als Klasse. Daher die Zusammenfassung der Lohnarbeiter in großen Organisationen; daher ihr Streben nach der Demokratie, denn nur in einer Gesellschaft von Freien und Gleichen wird das gesellschaftliche Eigentum zu ihrem Eigentum; daher ihr Sozialismus, das heißt ihr Streben nach Verwandlung der kapitalistischen Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum.

Die sozialistischen Bestrebungen entspringen daher direkt dem Aufkommen und Vordringen des kapitalistischen Großbetriebes und dem Rückgang des Kleinbetriebes. Das Bestehen und Erstarken der Sozialdemokratie ist selbst der beste Beweis dafür.

Zum Siege der Sozialdemokratie ist es aber keineswegs notwendig, daß es keinen Kleinbetrieb mehr gebe; dieser Sieg wird schon möglich, sobald der Großbetrieb soweit den Kleinbetrieb zurückgedrängt hat, daß die Lohnarbeiterschaft, die vom privaten Besitz der Produktionsmittel ausgeschlossen ist, die entscheidene Mehrheit der Bevölkerung und ihren wirtschaftlich wichtigsten Theil ausmacht. Von da an ist ihr Sieg nur noch eine Frage der Macht und der politischen Reife der besitzlosen Klassen (des Proletariats). Und dieser Sieg bedeutet keineswegs das Aufhören jeglichen Kleinbetriebes oder die Verstaatlichung der kleinen Betriebe.

Aber das Vordringen der kapitalistischen Produktionsweise verdrängt nicht bloß die mit eigenen Produktionsmitteln schaffenden Arbeiter der Kleinbetriebe immer mehr durch Lohnarbeiter, es wandelt auch den Kleinbetrieb immer mehr um, indem es ihn immer unselbständiger und abhängiger vom Kapital macht. Hier wird der ehemals selbständige Handwerksmeister zum Hausindustriellen oder Schweißmeister, der nicht für den Kunden, sondern für den Kaufmann produziert, und in Wahrheit dessen Lohnarbeiter ist; dort wird der anscheinend selbstständige Kleinbetrieb zur Filiale eines Großbetriebes, der Gastwirth wird abhängig von der Brauerei, der Kleinhändler vom Großkaufmann. Viele Kleinbetriebe versinken in Schuldknechtschaft, andere wieder sind gar nur noch schmarozerhafte Gebilde, der Deckmantel einer verschämten Bettellei.

Auch die Besitzer aller dieser Kleinbetriebe verlieren immer mehr das Interesse an dem Privateigentum an den Produktionsmitteln. Sie haben ebenso viel, oft noch mehr als die Lohnarbeiter zu gewinnen durch das gesellschaftliche Eigentum an den kapitalistischen Produktionsmitteln. Auch sie sind thatsächlich Proletarier, sie besitzen ihre Produktionsmittel in Wirklichkeit nicht.

Das also sind die beiden Punkte, durch die der Niedergang des Kleinbetriebes den Boden für den Sozialismus bereitet: durch die Vermehrung des Proletariats und durch die Vermehrung jener kapitalistischen Betriebe, die immer mehr ihre Arbeiter und schließlich die ganze Gesellschaft zu tyrannisiren trachten, so daß ihr Uebergang in gesellschaftlichen Besitz und Betrieb immer notwendiger wird.

Die Vermehrung dieser großen kapitalistischen Betriebe findet bei Herrn Bürger nicht die mindeste Beachtung und doch hat ihre Größe und ihre Macht eine solche Ausdehnung erreicht, daß sie selbst bürgerliche Politiker und Oekonomen beunruhigt und nach Abhilfe gegen das Uebel suchen läßt. Die Kartelle und Trusts werden immer mehr zu Herren nicht bloß ihrer Arbeiter, sondern der ganzen Gesellschaft. Ja der ganzen Gesellschaft noch mehr als der Arbeiter, denn bei diesen finden sie immer noch mehr Widerstand als bei jener.

Nicht nur die kleinsten Betriebe, nein auch mittlere und sehr große Betriebe werden von den Kartellen und Trusts direkt oder indirekt beherrscht und ausgebeutet. Die Syndikate der Kohlengruben ebenso wie die der Eisenwerke werden in Deutschland zu Herren der ganzen Industrie, die sie durch ihre künst-

nach erhöhten Preise unterbinden und aussaugen. Was bei uns vor sich geht, ist aber nur der Anfang dessen, was sich in Amerika vollzieht, wo wir heute das Bild unserer Zukunft zu sehen bekommen.

Amerika ist das Land der Riesentrusts. Von ihrer Ausdehnung und Macht mögen folgende Beispiele zeugen, die wir einem Artikel des Professors Thomas Will (veröffentlicht in der „Humanité Nouvelle“, Oktober 1902) entnehmen:

	Kapital:
Amalgamated Copper Co. (Kupfer-Trust)	300 Millionen Mark
American Steel and Wire Co. (Stahl- und Draht-Trust)	360 " "
American Sugar Refining Co. (Zucker-Trust)	292 " "
Continental Tobacco Co. (Tabak-Trust)	388 " "
Distilling Company of America (Spiritus-Trust)	318 " "
Federal Steel Company (Stahl-Trust)	512 " "
National Tube Company (Röhren-Trust)	320 " "
Standard Oil Company (Petroleum-Trust)	390 " "
U. S. Leather Company (Leder-Trust)	520 " "
Western Union Telegraph Co. (Telegraphen-Trust)	450 " "
Anthracite Coal Trust (Kohlen-Trust)	600 " "
Atlantic Passenger Steamship Pool (Ozeandampfer-Trust)	400 " "
Beef Trust (Fleisch-Trust)	400 " "

Zusammen 13 Trusts mit einem Kapital von . . . 5250 Millionen Mark.

„Angesichts dieser gigantischen Anhäufung von Macht,“ sagt Will, „erscheint eine mittelalterliche Monarchie als Zwerg. Das Reich Rockefeller oder Morbin Greens — der ersten Begründer amerikanischer Trusts — ist weit glänzender und gewaltiger als es das Reich Karls des Großen war. Und doch sind die ersten Trusts schon überholt durch jene, die sich im letzten Jahrzehnt bildeten. Und unser Verstand schwindelt bei dem Gedanken an den kommenden Trust der Trusts, der alle 265 oder mehr Trusts umfaßt, die sich gebildet haben und noch bilden . . . Wer ist Optimist genug zu glauben, eine politische Demokratie und ein derartiger entfesselter industrieller Despotismus könnten auf die Dauer in Amerika zusammenwohnen?“

Dieser Gegensatz muß, erklärt Professor Will weiter, früher oder später zu einer Krise führen, die aber nicht damit enden kann, daß wir die Trusts auseinanderreißen und wieder zum kleineren Betrieb zurückkehren, sondern nur damit, „daß wir das Privateigentum an diesen Organisationen aufheben und sie aus Werkzeugen des Privatnutzens in solche des Wohls der Gesamtheit umwandeln“.

So kommen durch die heutige Herrschaft des Großbetriebes selbst bürgerliche Gelehrte, wenn auch wider Willen und zögernd, zur Erkenntnis der Notwendigkeit des Sozialismus.

Die Kartelle und Trusts bilden die glänzendste Bestätigung der Sätze des sozialdemokratischen Programms, die den Gang der ökonomischen Entwicklung kennzeichnen. Kein Wunder, daß unser Wahrheitsfanatiker nichts von diesen Organisationen sieht oder hört, trotzdem alle Welt davon spricht, ja darüber spricht.

b) Die Betriebsstatistik der Industrie.

Herr Bürger wird natürlich sagen, das sind alles nur Klauen. Er stehe auf dem festen Boden der deutschen Statistik und die zeigt, daß der Kleinbetrieb nicht verschwindet, sondern rascher zunimmt als die Bevölkerung. Und zum Beweis dafür führt er seinen Lesern folgende Tabelle vor:

In den zur Industrie und zum Gewerbe gehörigen Arbeitszweigen waren Arbeiter beschäftigt:

	1882	1895	Die Zunahme binnen 13 Jahren betrug also
In den Kleinbetrieben (1—5 Personen)	2,457.950	3,056,300	24,3 Prozent
In den kleineren Mittelbetrieben . . (6—10 Personen)	500.100	823.400	66,6 „
In den größeren Mittelbetrieben . . (11—50 Personen)	891.500	1,620.800	81,8 „

Die Bevölkerung wuchs also nur um 13,5 Proz., die Arbeiterzahl der Kleinbetriebe dagegen doppelt, die der kleinen Mittelbetriebe fünfmal so stark!

Widerlegt das nicht glänzend das Programm der Sozialdemokratie? Auf den ersten Blick sicherlich. Aber wenn man diese Statistik näher betrachtet, so fällt uns vor allem die Thatsache auf, daß Bürger nicht die Zahl der Betriebe angiebt, sondern bloß die Zahl der Arbeiter, die sie beschäftigen. Auf die Zahl der Betriebe aber kommt es hier in erster Linie an, die Sozialdemokratie stützt sich ja darauf, daß die Zahl der Kleinbetriebe nicht so rasch wächst, wie die der Arbeiter, so daß es für diese immer schwerer wird, selbstständig zu werden, das Privateigenthum an den Produktionsmitteln für sie immer nutzloser wird.

Man zählte in der Industrie des Deutschen Reiches (einschließlich Bergbau und Baugewerbe):

	1882	1895	Zunahme (+) bez. Abnahme (—)
Kleinbetriebe (1—5 Arbeiter)	2,175.857	1,939.572	— 8,6 Proz.
Betriebe mit 6—50 Arbeitern	85.001	139.459	+ 64,1 „
Betriebe mit mehr als 50 Arbeitern . .	9.481	17.941	+ 89,3 „

Diese Zahlen (entnommen der Statistik des Deutschen Reiches, neue Folge, Band 119, S. 43 und 44) sprechen eine andere Sprache, als die des Herrn Bürger. Von einer Zunahme der Kleinbetriebe ist keine Rede, geschweige denn von einer rascheren Zunahme als die Bevölkerung, die übrigens, beiläufig gesagt, von 1882—1895 auch nicht um 13,5 Prozent wuchs, wie Bürger mittheilt, sondern um 14,5. Und dieser Zunahme der Bevölkerung steht eine Abnahme der Kleinbetriebe um fast 9 Prozent, um 186 285 Betriebe gegenüber. Kein Zweifel, die Wahrheitsliebe des Herrn Bürger ist enorm. Aber noch größer scheint seine Klugheit zu sein, und die rätth ihm, unbequeme Thatsachen zu verschweigen, sie um so sorgfältiger zu verschweigen, je lauter sie das bestätigen, was das sozialdemokratische Programm sagt.

Indeß, seien wir nachsichtig und stellen uns auf Bürgers Standpunkt, der, um den Untergang des Kleinbetriebes zu bestreiten, nicht die Betriebe, sondern ihre Arbeiter zählt.

Es waren Arbeiter in der Industrie beschäftigt:

	Arbeiter		Zunahme (+) oder Abnahme (-)
	1882	1895	
Kleinbetriebe (mit 1—5 Personen) . .	3,270.404	3,191.125	— 2,4 Prozent
Mittelbetriebe (mit 6—10 Personen) .	358.457	572.482	} + 71,5 "
Mittelbetriebe (mit 11—50 Personen) .	750.671	1,329.567	
Großbetriebe (über 50 Personen) . .	1,554.131	2,907.329	+ 87,2 "

Also auch die Zahl der Arbeiter der Kleinbetriebe ist im Abnehmen; nicht so rasch, wie die kleinen Betriebe selbst, weil es unter diesen wieder die kleinsten sind, die am meisten abnehmen, aber immerhin, sie nehmen ab, während die Arbeiterschaft der Mittel- und Großbetriebe gewaltig wächst.

Wie kommt aber unser wahrheitsliebender Ehrenbürger zu seinen Zahlen? Er hat sie nicht etwa erfunden. Wer wird so etwas von ihm denken! Er hat sie derselben offiziellen Statistik entnommen, in der wir die obigen Ziffern fanden. Er hat sie nur eigenartig „zusammengestellt“.

Zunächst hat er die Ziffern von Industrie und Handel zusammen-
geworfen, obwohl er gleich darauf den Handel gesondert von der Industrie be-
spricht, so daß man annehmen sollte, die erste Tabelle behandle bloß die Industrie.
Im Handel findet nämlich bisher wirklich noch eine Vermehrung der Kleinbetriebe
statt, wie wir gleich sehen werden. Aber das genügt noch nicht zur Ver-
schleierung des wirklichen Entwicklungsganges der Industrie. Auch wenn man
Industrie und Handel zusammenwirft, kommt man zu dem Ergebnis, daß die
Kleinbetriebe *relativ*, das heißt, im Verhältnis zur Bevölkerung abnehmen,
denn sie wachsen nur um 1,8 Prozent, ihre Arbeiter um 10 Prozent, die Be-
völkerung dagegen um 14,5 Prozent. Aber Bürger weiß sich zu helfen. Unter
den Kleinbetrieben selbst wachsen die größeren an, indeß die kleineren abnehmen.
Nichts einfacher also, nur die ersteren zu zählen, und die letzteren *wegzu-*
lassen. Die Zahl der kleinsten Betriebe (Alleinbetriebe ohne Motoren) hat
ungemein stark abgenommen, in der Industrie um 13,5 Prozent. In
Industrie und Handel zusammen verminderte sie sich um 8,7 Prozent. Diese
Abnahme verschweigt unser Bürger, er theilt nur die Zunahme der Arbeiterzahl
der *größeren* Kleinbetriebe mit, die allerdings 24,3 Prozent beträgt.

Man sieht, welch wahrhafter Kunststück es bedarf, um nachzuweisen, wie
verlogen das Programm der Sozialdemokratie ist. Unser Wahrheitsfanatiker hat
also ganz recht, wenn er entrüstet ausruft:

„Nann ein wahrheitsliebender Mann noch länger einer Partei angehören,
die so mit der Wahrheit umgeht?“

So wie der Auserwählte des Zentralverbandes deutscher Industrieller geht
die Sozialdemokratie freilich nicht mit der Wahrheit um.

c) Die Betriebsstatistik in Handel und Verkehr.

Die eben gewürdigte statistische Leistung läßt sich nicht überbieten. Aber
sie läßt sich wiederholen.

Nachdem Bürger uns die Zahlen von Industrie und Handel *zusammen*
vorgeführt hat, fährt er fort: „Indessen, die Sache liegt in den andern
Hauptarbeitszweigen noch viel schlimmer für die Sozialdemokratie als in
Industrie und Gewerbe. Im deutschen Handel und Verkehr

wären keine Betriebe enthalten.“ Usw. Hier werden uns die für den Handel geltenden Ziffern also in einer Weise gebracht, als wären sie in den früher mitgetheilten nicht schon drin enthalten. Die Absicht der Täuschung liegt hier klar zu Tage.

In einer Beziehung aber bessert sich Herr Bürger. Er unterschlägt — pardon, vergißt — hier nicht die Zahl der Betriebe, denn er hatz nicht nöthig. Aber ganz ohne Mäusen gehts auch jetzt nicht ab.

Es gilt folgende Tabelle der Zahl der Betriebe:

	1882	1895	Die Zunahme betrug also
Kleinbetriebe mit 1—5 Personen . . .	246.400	451.000	83 Prozent
Mittelbetriebe mit 6—10 Personen . .	18.700	33.800	81 „
Mittelbetriebe mit 11—50 Personen . .	7.900	15.500	98 „

Die Reichsstatistik dagegen bringt folgende Zahlen:

	1882	1895	Zunahme
Kleinbetriebe mit 1—5 Personen . . .	676.238	905.453	+ 34 Prozent
Mittelbetriebe mit 6—10 Personen . .	18.657	33.753	} + 86 „
Mittelbetriebe mit 11—50 Personen . .	7.874	15.518	
Großbetriebe mit mehr als 50 Personen	463	959	+ 107 „

Die Zahlen für die Mittelbetriebe stimmen, nicht aber die für die Kleinbetriebe. Kein Wunder, hier wird dasselbe Verfahren angewendet: die kleinsten Kleinbetriebe existieren auch hier nicht für unsern Statistiker, der sich mit solchen Kleinigkeiten nicht abgiebt. Durch ihre Weglassung — sie nahmen nur um 5,8 Prozent zu — gelingt es ihm, die Zunahme der Kleinbetriebe im Handel von 34 auf 83 Prozent hinaufzuschrauben. Der französische Falschspieler in Lessing's „Minna von Barnhelm“ torrigirt das Glück. Unser deutscher Wiedermann torrigirt die wirthschaftliche Entwicklung. Aber der Franzose brüstete sich nicht mit seiner Ehrlichkeit und geterte nicht über die Unehrlichkeit der Andern.

Zimmerhin, auch nach der Reichsstatistik ist die Zunahme der kleinen Handelsbetriebe eine sehr große, sie ist mehr als doppelt so groß, wie die der Bevölkerung. Aber was beweist das? Die Großbetriebe im Handel wachsen noch viel rascher, sie vermehren sich mehr als siebenmal so schnell wie die Bevölkerung. Ihre Konkurrenz muß also die Kleinbetriebe aufs äußerste bedrängen, da aber diese trotzdem noch schneller wachsen als die Bevölkerung, muß zu der Konkurrenz, die ihnen die großen Geschäfte, Waarenhäuser und Konsumvereine machen, noch die Konkurrenz kommen, die die Kleinen sich unter einander machen. Daß die kleinen Handelsbetriebe so rasch zunehmen, trotzdem gleichzeitig die großen wachsen, rührt gerade vom Rückgang des Kleinbetriebes im Handwerk her. Die zu Grunde gehenden Handwerker müssen doch irgendwo ein Unterkommen finden; so weit sie nicht Lohnarbeiter werden, strömen sie dem Zwischenhandel zu, den sie überfüllen. Diese Ueberfüllung ist kein Zeichen von Gesundheit des Kleinbetriebes, sondern eine Folge des Niederganges und eine Ursache weiteren Niederganges. Früher oder

später muß dieselbe Verminderung der Betriebe im Handel eintreten, die jetzt schon in der Industrie vor sich geht.

Aber selbst die jetzige, so ungesunde Ueberfüllung des Handels mit überflüssigen Kleinbetrieben vermag nicht, wie schon erwähnt, die Abnahme des Kleinbetriebes im Ganzen aufzuhalten. Wenn wir Industrie, Handel und Verkehr zusammennehmen, so erhalten wir folgende Tabelle:

	1882	1895	Zunahme
Kleinbetriebe mit 1—5 Personen . . .	2 882 768	2 934 723	1,8 Prozent
Mittelbetriebe mit 6—10 Personen . .	68 763	113 549	65,1 „
Mittelbetriebe mit 11—50 Personen . .	48 952	77 752	76,9 „
Großbetriebe mit mehr als 50 Personen	9 974	18 953	90,0 „

Man sieht, die Zunahme der Kleinbetriebe bleibt immer noch hinter der der Bevölkerung zurück, selbst wenn man den Handel zur Industrie rechnet. Wie ganz anders vermehren sich dagegen die Großbetriebe! Die Zahl aller Betriebe (große und kleine) wuchs um 4,6, die Zahl der in ihnen beschäftigten Personen dagegen um 39,9 Prozent, diese nahmen also fast zehnmal so schnell zu wie jene.

Besonders deutlich zeigt sich die Mächtigkeit der Entwicklung, wenn wir weiter zurückgehen und die Gewerbezahl von 1875 zur Vergleichung heranziehen. Wir finden dann

	1875	1895	Zunahme in Prozenten
Selbstständige Gewerbetreibende . . .	2 945 084	2 948 821	0,13
Lohnarbeiter und Angestellte	3 634 867	7 320 448	101,41

Die Zahl der Selbständigen (worunter nicht bloß Inhaber, sondern auch Leiter von Betrieben verstanden werden), blieb also gleich groß, während die der Lohnarbeiter sich verdoppelte.

Die Zahl der Arbeiter, die nicht selbstständig werden können, sondern zur Lohnknechtschaft verurtheilt bleiben, wächst also rapid.

d) Die landwirthschaftliche Statistik.

Noch bleibt die Landwirtschaft! Hier behauptet sich der Kleinbetrieb. Bürger führt uns folgende Statistik der landwirthschaftlichen Betriebe in Deutschland vor:

	1882	1895
Betriebe unter 2 Hektar	3 062 000	3 236 000
Betriebe von 2—5 Hektar	981 000	1 016 000
Betriebe von 5—20 Hektar	927 000	999 000
Betriebe von 20—100 Hektar	281 500	281 800
Betriebe über 100 Hektar	24 931	25 061

Dann weist er mit Befriedigung darauf hin, daß die Zunahme in fast allen Größenklassen ungefähr dieselbe sei und die Gesamtzahl der Betriebe sich „um nahezu 300 000 (für nur 13 Jahre eine Riesenziffer) erhöht habe“.

Diesmal stimmen merkwürdiger Weise die Zahlen. Ja, die Riesenziffer der Zunahme der Betriebe ist eine Thatsache. Aber sie bleibt eine Riesenziffer bloß dann, wenn man annimmt, man könne von jedem Stückchen Land leben, wie klein es auch sei. Von der Riesenziffer, die sich genau genommen auf 281 973 beläuft, entfallen nicht weniger als 120 236 auf die „Betriebe“ mit weniger als 20 Ar, 174 536 auf jene mit weniger als 2 Hektar. Und noch eine „Riesenziffer“. Während diese Zwergbetriebe sich um fast 175 000 vermehrten, verringerte sich die von ihnen landwirthschaftlich benutzte Fläche um 17 494 Hektar. Die Betriebe unter 2 Hektar bilden aber die große Mehrheit aller landwirthschaftlicher Betriebe (1895 3 236 367 von 5 558 317). Die Lage dieser 3 Millionen hat sich seit 1882 im Allgemeinen entschieden verschlechtert, soweit sie von der Größe der ihnen zur Verfügung stehenden Bodenfläche abhängt. Auf den einzelnen dieser Betriebe entfiel 1882 eine landwirthschaftlich benutzte Fläche von 60 Ar, 1895 nur noch von 56 Ar. Welch riesenhafter Fortschritt, den die riesenhafte Zunahme der kleinen Betriebe gebracht!

Von einer „Riesensumme“ zu sprechen, die etwa eine riesenhafte Zunahme eines gefunden Kleinbetriebes anzeigte, ist lächerlich. Dagegen muß gegeben werden, daß hier auch das Gegentheil nicht zu merken ist, eine riesenhafte Abnahme des Kleinbetriebes. Wir finden vielmehr nur unmerkliche Verschiebungen der einzelnen Größenklassen, welche Verschiebungen nicht überall in gleicher Richtung vor sich gehen und wechseln. In Deutschland wuchs in den Jahren von 1882—95 der Mittelbetrieb, in Frankreich der Zwergbetrieb und Großbetrieb, wie folgende Tabelle zeigt: Es veränderte sich die landwirthschaftlich benutzte Fläche,

In Deutschland Größenklasse	1882—1895 Abnahme (—) bez. Zunahme (+)	In Frankreich Größenklasse	1882—1892 Abnahme (—) bez. Zunahme (+)
unter 2 Hektar . .	— 17 494 Hektar	unter 1 Hektar . .	+ 243 420 Hektar
von 2—5 Hektar . .	+ 95 781 „	von 1—5 Hektar . .	— 108 434 „
von 5—20 Hektar . .	+ 563 477 „	von 5—10 Hektar . .	— 13 140 „
von 20—100 Hektar . .	— 38 333 „	von 10—40 Hektar . .	— 532 243 „
über 100 Hektar . .	+ 45 533 „	über 40 Hektar . .	+ 197 288 „

In Deutschland selbst finden wir dort, wo der Großbetrieb vorherrscht, vielfach die Neigung, ihn zu verringern; wo er wenig entwickelt ist, die, ihn zu vermehren. In Ostpreußen z. B. verringerte sich die landwirthschaftlich benutzte Fläche der Betriebe mit mehr als 100 Hektar von 1882—1895 von 1 008 163 auf 923 651 Hektar. Gleichzeitig wuchs sie im Rheinland von 35 913 auf 43 325, in Baden von 13 302 Hektar auf 22 792 Hektar.

Im Allgemeinen zeigt die Landwirthschaft, was das Verhältniß der einzelnen Größenklassen der Betriebe anbelangt, keine entschiedene Bewegung, kein Vordringen des Großbetriebes. Darin unterscheidet sie sich allerdings sehr von der Industrie. Aber nichtsdestoweniger wird auch die landwirthschaftliche Bevölkerung immer abhängiger vom Kapital und hört immer mehr auf, Herr ihrer eigenen Produktionsmittel zu sein, ebenso wie die industrielle Arbeiterschaft. Die Wege dieses Entwicklungsganges sind jedoch äußerst verschlungen und es ist unmöglich, sie hier in Kürze alle aufzuzeigen; nur zwei seien angedeutet, die die einfachsten sind und am klarsten zu Tage liegen.

Der eine dieser Wege ist das Pachtssystem. Man zählte 1895 im Deutschen Reich landwirthschaftliche Betriebe:

	mit ausschließlich gepachtetem Boden	mit ganz oder theilweise gepachtetem Boden	ohne Pachtland
1882	829 137	2 322 899	2 953 445
1895	912 959	2 607 210	2 951 107
Zunahme (+) oder Abnahme (—) . .	+ 83 822	+ 284 311	— 2 338

Hier erfährt die von Bürger erwähnte „Riesensumme“ des Zuwachses von 300 000 (genau 282 000) neuen Betrieben eine eigenartige Beleuchtung. Noch größer als diese Summe ist die Zunahme derjenigen Betriebe, die mit fremdem Boden wirthschaften, der nicht ihnen gehört, während die Zahl der Betriebe, die keinen fremden Boden benutzen, direkt abgenommen hat.

Und wie mit dem Pachtland ist es mit der hypothekarischen Verschuldung. Der verschuldete Boden ist thatsächlich nicht mehr eigener Boden des Bauern, dieser bebaut ihn für den Gläubiger. Wie der Besitzer des gepachteten Bodens ist der Hypothekengläubiger der eigentliche Grundherr, für den der Bauer schätzt.

Nach Professor Conrad stieg der Betrag der Hypothekenschulden in den ländlichen Bezirken von

	Preußen Mark	Baden Mark	Hessen Mark
1886—1887 .	133 160 000	13 620 000	5 620 000
1887—1888 .	88 030 000	12 200 000	9 040 000
1888—1889 .	121 020 000	12 860 000	2 980 000
1889—1890 .	179 130 000	14 650 000	2 810 000
1890—1891 .	156 370 000	14 840 000	4 510 000
1891—1892 .	206 650 000	14 850 000	2 500 000
1892—1893 .	208 680 000	13 710 000	3 900 000
1893—1894 .	228 290 000	13 500 000	—
1894—1895 .	254 670 000	14 710 000	—
1886—1895 .	1 576 000 000	124 940 000	31 360 000

Also in diesen drei Staaten, deren bewirthschaftete Fläche fast 70 Prozent der gesammten Kulturfläche des deutschen Reiches ausmacht, wuchs die Verschuldung der Grundbesitzer binnen 10 Jahren um mehr als 1700 Millionen Mark. Stieg sie im übrigen Deutschland in demselben Maße, dann nahm sie im Ganzen um etwa 2300 Millionen Mark zu. Auch hier wieder eine Riesenziffer, die aber nicht für Herrn Bürger spricht.

In seinem Entzücken über die Zunahme der landwirthschaftlichen Betriebe von 1882—1895 um fast 282 000 hat er nicht bloß übersehen, daß gleichzeitig der Landantheil der 3 Millionen kleinster Betriebe sich verminderte, und daß die Zahl der Betriebe mit Pachtland um mehr als 284 000 wuchs, sondern auch, daß im gleichen Zeitraum ein Bodenwerth von mehr als zwei Milliarden von den grundbesitzenden Landwirthen an die Kapitalistenklasse abgetreten wurde, daß diese die ersteren um diesen Betrag expropriirte.

Also auch in der Landwirtschaft bemächtigt sich die Kapitalistenklasse immer mehr und mehr der Produktionsmittel, enteignet den arbeitenden Landwirth und beutet ihn aus. Auf anderem Wege kommt sie so in der Landwirtschaft zu demselben Ziele, wie in der Industrie. Das Kapital wird zum Herrn aller Lebensquellen des Volkes und dieses kann erst dann wieder frei über sie und über sich selbst verfügen, wenn es sie aus dem Privateigenthum des Kapitals in das Eigenthum der Nation verwandelt hat.

e) Der neue Mittelstand.

Es ist natürlich nicht möglich, alle Ziffern des Herrn Bürger so eingehend zu beleuchten, wie wir es mit den bisher untersuchten gethan. Das hieße, seinem Broschürchen ein Buch entgegenzusetzen, mit Kanonen nach Spazern schießen.

Wir haben es uns daher erspart, die Einkommensstatistiken zu prüfen, die er uns vorführt und durften das um so eher, als ihr Werth für die Frage des Untergangs des Kleinbetriebes gleich Null ist, seitdem wir eine ausreichende Betriebsstatistik besitzen. Was er aber sonst aus ihnen beweisen will, bestreiten wir theils gar nicht, theils wendet es sich direkt gegen ihn, freilich ohne daß er es merkt. So weist er z. B. darauf hin, es habe in Sachsen betragen das Einkommen (in Millionen Mark), aus

	Grundbesitz	Renten	Gehalt und Lohn	Handel und Gewerbe
1879 . .	218 Millionen	112 Millionen	365 Millionen	350 Millionen
1900 . .	329 "	289 "	1 103 "	682 "

In denselben 21 Jahren, in denen sich die Bevölkerungsziffer um 41 Prozent erhöhte, stieg der Gesamtbetrag der Löhne aller Art um 210 Prozent.

Woher stammt aber dieses enorme Wachstum? Wie Herr Bürger selbst zugiebt, theils aus einer Zunahme derjenigen, die Gehalt und Lohn beziehen, theils aus einer Erhöhung der Löhne und Gehälter. Wir haben nie bestritten, daß die Geldlöhne seit zwanzig Jahren gestiegen sind. Aber daß sie sich verdreifacht haben, wird selbst Bürger nicht behaupten wollen. Ein sehr erheblicher Theil der Zunahme dieser Summe muß also der Vermehrung der Zahl der Lohnarbeiter, der Proletarier, zugeschrieben sein, die an Stelle von selbstständigen Kleingewerbetreibenden getreten sind. Je schneller das Anwachsen der Summe der Gehälter und Löhne in der Steuerstatistik, desto mehr bezeugt es den Niedergang des Kleinbetriebes, während Bürger es als Beweis für das Gegenteil anführt! Leider gestattet uns die Steuerstatistik nicht, festzustellen, wie viel von jener Vermehrung der Gehälter und Löhne ihrer Erhöhung und wie viel der Zunahme der Zahl der Lohnarbeiter und Beamten zugeschrieben ist. Sie ist also für diese Frage ganz werthlos und kann bloß einem Zweck dienen, dem mit statistischen Zahlen nicht Vertrauen zu imponiren und Sand in die Augen zu streuen.

Ebensowenig wie das Steigen der Löhne bestreiten wir die zweite Folgerung, die Herr Bürger aus seinen Einkommensstatistiken zieht, daß ein „neuer Mittelstand“ im Aufsteigen sei. Das ist ganz richtig, beweist aber gar nichts gegen das Programm der Sozialdemokratie, denn in dem Satz, in dem es von den „versinkenden Mittelschichten“ spricht, nennt es als diese ausdrücklich: Kleinbürger, Bauern.

Der neue Mittelstand bildet sich vornehmlich aus den Angestellten der Großbetriebe, sein Aufsteigen ist gerade eine Folge des Niederganges des Kleinbetriebes. Dieser Mittelstand ist in raschtester Zunahme begriffen. Herr Bürger

Hätte sich die Mühe mit seinen Einkommensteuer-Statistiken ersparen können. Die Berufsstatistik zeigt das viel genauer und deutlicher an.

Im Deutschen Reich waren von je 10 000 Erwerbshätigen in jeder Erwerbsgruppe:

		Selbständige	Angeestellte	Arbeiter
Landwirthschaft . . .	1882 . . .	2 278	87	7 141
	1895 . . .	3 098	116	6 786
Zu- oder Abnahme .		+ 820	+ 35	- 355
Industrie	1882 . . .	3 441	155	6 404
	1895 . . .	2 490	318	7 192
Zu- oder Abnahme .		- 951	+ 163	+ 788
Handel	1882 . . .	4 467	902	4 681
	1895 . . .	3 607	1 120	5 273
Zu- oder Abnahme .		- 860	+ 218	+ 642
Zusammen	1882 . . .	3 203	190	6 607
	1895 . . .	2 894	329	6 777
Zu- oder Abnahme .		- 309	+ 139	+ 170

Diese Tabelle ist nach verschiedenen Punkten hin lehrreich. Sie zeigt einmal, daß trotz der Verminderung der Lohnarbeiter in der Landwirthschaft die relative Abnahme der Selbständigen in Handel und Industrie so stark ist, daß deren Zunahme in der Landwirthschaft dadurch mehr als wett gemacht wird.

Weiter aber zeigt sie, daß die Zahl der Angestellten unter den Erwerbshätigen am raschesten wächst; sie haben sich von 1882—1895 relativ fast verdoppelt und absolut mehr als verdoppelt (von 307 000 auf 622 000). Aber immerhin reicht dieser neue Mittelstand nicht aus, den Rückgang des alten in der Gesellschaft auszugleichen. Denn Angestellte und Selbständige zusammen bilden 1882 noch 34 Prozent und 1895 nur noch 32 Prozent der Erwerbshätigen der drei großen Erwerbsgruppen. Die Lohnarbeiterschaft dagegen wuchs von 66 auf 68 Prozent.

Aber der neue Mittelstand ist mit dem alten nicht zusammenzumerfen. Er beruht auf ganz anderen Grundlagen, hat ganz andere Interessen. Vor allem hat er gar kein Interesse an der Erhaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, von dem er doch ausgeschlossen ist. Die Eisenbahnen z. B. haben mächtig zur Bildung des neuen Mittelstandes beigetragen, indem sie eine zahlreiche Beamtschaft schufen. Aber hat diese das geringste Interesse, einer Verstaatlichung der Eisenbahnen zu widerstreben und den privaten Besitz derselben vorzuziehen?

Allerdings bildet diese neue Mittelschicht dem Proletariat gegenüber eine privilegierte Klasse, die ihm daher meist verständnißlos, mitunter sogar feindselig gegenüber steht. Aber für eine Gruppe der Angestellten nach der andern hört diese bevorzugte Stellung auf. Gerade ihre rasche Zunahme wird ihr vererblich. In Folge des Niederganges des Kleinbetriebes drängt sich der Nachwuchs des alten Mittelstandes mit Vorliebe zu den gebildeten Berufen und die Fachschulen produziren heute eine Menge gebildeter Arbeiter, so daß gerade in dem neuen Mittelstand eine zunehmende Ueberproduktion an Kräften herrscht. Und

die zunehmende Konzentration des Betriebes, wie sie in der Industrie, aber auch im Handel stattfindet, muß schließlich dahin führen, das Wachstum der Nachfrage nach Angestellten immer mehr ins Stocken zu bringen. In Amerika haben die Trusts heute schon vielfach zu einer Verminderung des verwaltenden und kaufmännisch thätigen Personals geführt.

Je stärker das Angebot im Verhältnis zur Nachfrage, desto geringer die Löhne, desto geringer auch der Unterschied in der gesellschaftlichen Stellung zwischen den Angestellten und den Lohnarbeitern. Eine ihrer Schichten nach der andern wird proletarisiert. Der „neue Mittelstand“ spaltet sich immer mehr in zwei Gruppen, von denen die eine die höheren, die besser bezahlten, herrschenden Stellungen einnimmt und die Interessen des Kapitals vertritt; und daneben eine zweite, stetig wachsende, die mit dem Proletariat gemeinsame Sache macht.

Freilich, viel zu seinem Befreiungskampf kann sie nicht beitragen. Einzelne ihrer Mitglieder können dem kämpfenden Proletariat durch ihre geistigen Fähigkeiten und ihr größeres Wissen wichtige Dienste leisten. Im Allgemeinen aber sind die Mitglieder dieses neuen Mittelstandes in so abhängiger Stellung, daß sie sich weniger wehren können, als die eigentlichen Lohnarbeiter.

Simmerhin, nichts ist irriger und thörichtes, als den neuen Mittelstand auf die gleiche Stufe mit dem alten zu setzen. Er bildet keine Stütze des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Je mehr er an Stelle des alten Mittelstandes tritt, desto schwächer die Grundlage, auf der das Privateigentum beruht.

Daran werden alle Bürger mit ihren Rechenkünften nichts ändern, auch wenn sie ihren Wahrheitsfanatismus so weit treiben, die Wahrheit auf den Kopf zu stellen.

II. Die Verelendung.

a) Die sozialistische Lehre.

Nachdem Bürger versucht, die Ausführungen des sozialdemokratischen Programms über den Untergang des Kleinbetriebes zu widerlegen, wendet er sich jenen Sätzen zu, die von der Zunahme der Unsicherheit der Existenz, des Elends, des Druckes, der Anechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung, sprechen. Und er führt nun wissenschaftlich-statistisches Material zum Beweis dafür an, daß die Löhne gestiegen sind, Gesundheit und Lebensdauer zugenommen haben, die Sittlichkeit und Zufriedenheit gewachsen sind, die Unsicherheit der Lage des Arbeiters eine geringere geworden ist.

Wir brauchen auf alle diese Ziffern nicht einzugehen, denn selbst wenn sie alle richtig wären und das beweisen, was Bürger mit ihnen beweisen will, ständen sie nicht im Widerspruch zum Programm der Sozialdemokratie und widerlegten es nicht.

Ueber die sogenannte Verelendungstheorie ist in den letzten Jahren viel geschrieben worden. Aber Herr Bürger zeigt, daß es noch immer Leute giebt, die nicht begreifen, was das Programm der Sozialdemokratie in Wirklichkeit darüber sagt. Freilich, wenn man will, dann kann man es so auslegen, als ob die Sozialdemokratie behauptete, das Elend müsse naturnothwendig wachsen, seine Zunahme sei unarrestierbar und der Sieg des Sozialismus sei um so näher, je größer das Elend.

Daß aber diese Auslegung eine falsche ist und nicht den Gedankengang der Sozialdemokratie wiedergiebt, beweist schon der Umstand, daß dasselbe Programm, welches den Satz vom wachsenden Elend enthält, eine Reihe von Forderungen an die gegenwärtige Gesellschaft zur Verbesserung der Lage des Proletariats auf-

stellt, Forderungen, die unsinnig wären, wenn die Zunahme des Elends unabweislich wäre und darin die Vorbedingung des Sieges der Sozialdemokratie läge.

Der Satz vom wachsenden Elend im Erfurter Programm ist wörtlich dem „Kapital“ von Marx entnommen, in demselben Werke, das zum ersten Male die Bedeutung der Arbeiterschutzgesetzgebung für die Wiedergeburt der Arbeiterklasse systematisch erläutert und das mehr als irgend ein anderes Werk dazu beigetragen hat, den Gedanken des Arbeiterschutzes außerhalb Englands einzubürgern. Und derselbe Marx hat, namentlich in der „Internationale“ ebenso eifrig wie erfolgreich dafür gewirkt, das Gewerkschaftswesen von England nach dem übrigen Europa zu verpflanzen.

Die Gegner des Marxismus und der Sozialdemokratie helfen sich damit, hier einen Widerspruch im sozialistischen Denken entdecken zu wollen, aber das heißt denn doch, sich die Kritik des Sozialismus gar zu bequem machen.

Was das Programm behauptet, das ist in den letzten Jahrzehnten zum Gemeingut der Wissenschaft geworden, das erkennen selbst viele Vertreter der bürgerlichen Wissenschaft an: der schrankenlose Kapitalismus bedeutet wachsende Zunahme der Unsicherheit, des Elends, der Knechtung der unteren Volksklassen. Das Kapital wird getrieben von der Sucht nach Profit, und dieser Drang wird in dem einzelnen Kapitalisten entwickelt durch den Zwang der Konkurrenz. Daher strebt das Kapital danach, die Arbeitszeit der Arbeiter auszudehnen, die Löhne zu drücken, durch Arbeitsteilung und Maschinen es zu ermöglichen, daß billigere Arbeitskräfte die besser bezahlten ersetzen, der ungelernete Arbeiter an Stelle des gelernten, Frauen und Kinder an Stelle der Männer treten. Das Streben nach Profit zusammen mit der Planlosigkeit der Produktion bringt aber auch Krisen mit sich, deren Umfang immer mehr wächst, und die das Elend der Arbeitslosigkeit in den weitesten Kreisen der Bevölkerung verbreiten.

Daß die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft, von der das sozialdemokratische Programm spricht, diese Wirkungen hat, ist heute, wie gesagt, auch von vielen bürgerlichen Sozialreformern anerkannt. Andererseits aber stimmen die Sozialdemokraten mit den Letzteren darin überein, daß es dringend notwendig ist, diese Wirkungen der ökonomischen Entwicklung einzuschränken, und daß dies heute schon bis zu einem sehr erheblichen Grade geschehen kann, namentlich durch die Arbeiterschutz-Gesetze und gewerkschaftliche Organisationen, die am wirksamsten der Zunahme des Elends, der Knechtung, der Unsicherheit, der Ausbeutung entgegengetreten.

Nicht darin liegt der Gegensatz zwischen Sozialdemokraten und Sozialreformern, sondern in ihrer Auffassung der Kräfte, von welchen diese Einschränkungen herbeigerufen werden, und der Wirkungen, die aus ihnen hervorgehen.

Die Sozialreformer meinen, daß immer mehr die ganze bürgerliche Gesellschaft den Kampf gegen das Elend mitmache. Die Sozialdemokraten dagegen wissen, daß die bürgerlichen Klassen nie die Kraft oder auch nur den Willen aufbringen, dem wachsenden Elend dort entschieden entgegenzutreten, wo dies nur auf Kosten des Profits möglich ist. Sie wissen, daß die einzige wirksame Kraft der Sozialreform der zunehmende Widerstand des Proletariats ist, das an Zahl immer mehr wächst und durch seine wirtschaftlichen und politischen Organisationen immer mehr erstarkt.

Soweit die bürgerlichen Klassen größere soziale Reformen durchführen, ist das nur der Furcht vor der anwachsenden Arbeiterbewegung, in Deutschland der Furcht vor der Sozialdemokratie zuzuschreiben. Ohne Sozialdemokratie keine Sozialreform.

Das erkannte Bismarck selbst an, indem er am 26. November 1884 erklärte: „Wenn es keine Sozialdemokraten gäbe, und wenn nicht eine

Menge sich vor ihnen fürchtete, würden die mächtigen Fortschritte, die für über- haupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht existiren.“

Die Sozialdemokratie erwartet nichts vom Wohlwollen der Besitzenden Klassen und alles, was überhaupt heute erreichbar ist, vom Kampfe der arbeitenden Klassen gegen das Elend und die es hervorrufende Profitgier des Kapitals. Darin und nicht in der Annahme, der Kampf gegen das Elend sei in der heutigen Gesellschaft aussichtslos, liegt einer der großen Gegensätze zwischen den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Sozialreformern.

Der andere aber liegt darin, daß diese meinen, die sozialen Reformen könnten und würden einen solchen Umfang erreichen, daß sie den Arbeiter mit seiner gesellschaftlichen Stellung ausöhnen und von seinem Kampf um die Er- oberung der Produktionsmittel durch ihre Vergesellschaftlichung und um die Aufhebung des Kapitalverhältnisses abstecken lassen.

Die Sozialdemokraten erklären das für unmöglich, weil der Drang des Kapitals nach Vermehrung des Elends, der Anechtung, der Ausbeutung, der Unsicherheit, durch keine Sozialreform beseitigt werden kann, so daß der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit unüberbrückbar ist und der Kampf der Arbeiter- klasse gegen das Kapital nicht enden kann, als bis die Kapitalistenklasse auf- gehört hat zu existiren und die kapitalistischen Produktionsmittel gesellschaft- liches Eigenthum geworden sind.

Um diese Nothwendigkeit des fortgesetzten Klassenkampfes gegen das Kapital mit voller Schärfe hervorzuheben und erkennen zu lassen, daß alle Er- wartungen auf einen sozialen Frieden in der heutigen Gesellschaft bloß fromme Wünsche ohne wirkliche Grundlage sind, deshalb betont es das sozialdemokratische Programm so scharf, daß das Streben nach Vermehrung des Elends, der Un- sicherheit und des Druckes im Wesen des Kapitalismus liegt und von ihm un- zertrennlich ist.

Gute Freunde haben behauptet, diese Auffassung des Programmsages, der vom Elend handelt, sei erst hinterher erdunken worden, um ihn vor seinen Kritikern zu retten, er hätte aber ursprünglich jenen Sinn oder vielmehr Un- sinn gehabt, den Herr Bürger ihm beilegt.

Wie wenig das richtig ist, beweist schon ein Umstand. In einer Artikel- serie der „Neuen Zeit“ vom Jahre 1891, in der das heute geltende Programm der Sozialdemokratie in seinen wesentlichen Grundlagen empfohlen wurde, hat der Verfasser auch die Frage der sogenannten Verelendungstheorie behandelt. Da heißt es unter anderem:

„Vom Standpunkte des Klassenkampfes erscheint nicht bloß die Re- volutionismacherei unsinnig, sondern ebenso sehr jener damit eng verbundene Satz: „Es muß schlechter werden, ehe es besser wird; je größer das Elend, desto näher die Revolution.“

„Dieser Satz, eine Uebersetzung des frommen Trostsprüchleins „Wenn die Noth am größten, ist Gott am nächsten“ ins „sozialrevolutionäre“, ist be- gründet auf einer Anschauung, welche Anarchisten und Harmoniedusler brüderlich mit einander theilen. Die Einen wie die Anderen behaupten, das Elend des Proletariats lindern, seine Lage heben, heißt dem Sozialismus den Boden abgraben.

„Eine Hebung der Lage der Arbeiterklasse könnte nur dann gleich- bedeutend sein mit dem Verzicht auf die soziale Umwälzung, wenn sie zur Befriedigung der Arbeiterklasse, zu ihrer Versöhnung mit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung führte. Wäre das möglich, dann spräche das gegen den Sozialismus und nicht gegen die Reform. Jener wurzelt gerade in der Ueberzeugung von der Unmöglichkeit, dem Proletariat in der heutigen Ge- sellschaft eine befriedigende Stellung zu verschaffen.

„Es ist richtig, daß die gegenwärtige Produktionsweise die Tendenz hat, das Elend der unteren Volksschichten — der untergehenden Mittelklassen wie des Proletariats — immer mehr zu steigern. Aber diese Produktionsweise erzeugt ebenso naturnothwendig wie das Elend, auch die Empörung gegen das Elend, die immer stärker und stärker anschwillt, der degradirenden Tendenz des Kapitalismus immer energischeren Widerstand leistet, ja, die unter besonders günstigen Umständen dahin gelangt, die Bewegung der Lebenslage der Arbeiter aus einer absteigenden in eine aufsteigende zu verwandeln. Das hindert aber nicht, daß die Empörung gegen das Elend fortbauert, ja, daß sie immer entschiedener zu einer Empörung des Proletariats gegen die bestehende Gesellschaftsordnung anwächst. Denn die Wurzel dieser Empörung liegt nicht im Elend selbst — nicht überall, wo Elend ist, ist auch die Empörung gegen das Elend; und es sind nicht die Elendesten unter den Elenden, bei denen die Empörung beginnt —: ihre Wurzeln liegen im Klassengegensatz zwischen den Ausbeutern und den Ausgebeuteten, und in dem ruhelosen unstillen Charakter der modernen Produktionsweise, die, in unaufhörlicher Umwälzung begriffen, das Proletariat in ewiger Ruhelosigkeit erhält und jene scheue Ehrfurcht vor dem Jahrhunderte alten Bestehenden, welches die Ausgebeuteten der früheren Jahrhunderte charakterisirte, gründlich zerstört.

„Dieser revolutionäre und revolutionirende Charakter der bestehenden Produktionsweise nimmt immer mehr zu, und ebenso der Gegensatz zwischen der Klasse der Kapitalisten und dem Proletariat. Denn selbst wo dessen Lage sich absolut verbessert, verschlechtert sie sich relativ, indem die Verbesserung zurückbleibt hinter der raschen Vermehrung der allgemeinen Produktivität der Arbeit, die unserer Produktionsweise eigenthümlich ist. Auch wo das Elend geringer wird, wird die Ausbeutung größer.

„Und die Hebung der Arbeiterklasse geschieht nicht selbstthätig, sie muß errungen werden in erbitterten Kämpfen, die zahllose Opfer fordern. Jede Errungenschaft des Proletariats bedeutet daher nicht eine Abschwächung, sondern eine Verbitterung der Klassengegensätze.

„Noch eins: Selbst im günstigsten Fall, wenn es einer Arbeiterschicht gelungen sein sollte, eine Lebensstellung zu erlangen, die sie befriedigt, so kann sie sich ihrer nicht freuen angesichts der allgemeinen Unsicherheit, welche die moderne Produktionsweise mit sich bringt und angesichts der Unerfülllichkeit der Kapitalistenklasse. Müssen die unteren Arbeiterschichten das Kapital bekämpfen, um dem Elend zu entgehen, so die oberen, um nicht wieder in's Elend hinabgestoßen zu werden, das sie unaufhörlich bedroht. Keine Errungenschaft ist sicher; eine Krisis, eine neue Erfindung, eine neue Fabrikantenkoalition, ein neues Gesetz kann sie wieder entreißen. Kampf, Kampf und immer wieder Kampf heißt die Lösung der Arbeiterklasse; für sie giebt es keinen dauernden Sieg, so lange sie nicht die politische Macht im Staat erobert und die Produktionsmittel in Gemeineigenthum verwandelt hat.

„Jede Kräftigung der Arbeiterklasse, sei sie durch ökonomische, sei sie durch politische Maßnahmen erlangt, bedeutet nichts Anderes als eine Kräftigung der Kämpfer für den Sozialismus. Das Proletariat in seinem Kampf nach Verbesserung seiner Lage in der heutigen Gesellschaft nach Kräften zu fördern, ist nicht nur nicht unverträglich mit den Prinzipien der Sozialdemokratie, es ist vielmehr eine ihrer wichtigsten, vielleicht ihre wichtigste Aufgabe.“ (Der Entwurf des neuen Parteiprogramms, „Neue Zeit“, IX, 2, S. 753.)

Das war auch damals schon kein neuer Standpunkt in der Sozialdemokratie, er ist heute in ihren Reihen allgemein anerkannt.

Was könnten gegen diese Auffassung die Ziffern des Herrn Bürger beweisen? Sätte sich die Lage der deutschen Arbeiterklasse wirklich so sehr gehoben, wie er uns glauben machen möchte, wir wären die Ersten, es mit Freuden zu begrüßen, denn ihre Kampffähigkeit wäre in demselben Maße gewachsen. Wir haben nicht die mindeste Ursache, die Fortschritte des Proletariats zu verkleinern. Aber allerdings haben wir auch keine, seine Lage zu beschönigen und besser darzustellen, als sie ist, denn das hieße das Proletariat über seine Kraftverhältnisse und seine Aufgaben täuschen und ihm die Schwierigkeiten weglügen, die es noch zu überwinden hat, kurz, es in einer Weise irreführen, die es wenigstens vorübergehend auf falsche Wege leiten könnte.

Wer das erreichen will, der hat freilich alle Ursache, rosig zu malen. Dagegen hat die Sozialdemokratie nicht das geringste Interesse daran, die Wahrheit zu entstellen.

b) Das Steigen der Löhne.

Kein Zweifel, die mächtig anschwellende Arbeiterbewegung und die Furcht vor ihr haben manche Verbesserung in der Lage der arbeitenden Klassen gezeitigt. Man findet schon breite Schichten der Arbeiterklasse, die im Stande sind, sich gewerkschaftlich zu organisieren oder die in den Bereich der Arbeiterschutz-Gesetzgebung gelangt sind und die dadurch ihre Lage, mitunter ganz erheblich, gebessert haben. Aber alles das ist geringfügig, wenn man bedenkt, wie viele Arbeiterschichten immer noch schußlos dem Kapitalismus preisgegeben bleiben und daher immer tiefer im Elend versinken, wie z. B. die Masse der hausindustriellen Arbeiter; wenn man weiter bedenkt, daß es kein Mittel giebt und auch keines in Aussicht steht, die Krisen zu bannen, die zeitweise in immer größerer Ausdehnung über die kapitalistische Gesellschaft hereinbrechen und Noth und Elend über die gesammte arbeitende Bevölkerung verbreiten; wenn man endlich bedenkt, wie fabelhaft die Technik sich entwickelt hat, die Produktivkräfte gestiegen sind und das Kapital und die Masse des Profits angewachsen ist. Verglichen damit sind die Fortschritte der Arbeiterschaft immer noch höchst geringfügige zu nennen.

Herr Bürger vergißt ganz, uns die Rehrseite der Medaille zu zeigen. Er weiß nichts von dem Elend der ungeschützten und unorganisirten Arbeiter; er huscht hier, wo er vom Elend handelt, ebenso über die Krisen hinweg, wie er bei seinen Ausführungen über den Niedergang des Kleinbetriebes blind war für den Fortschritt der Kartelle und Trusts. Diese Erscheinungen, die kennzeichnendsten der heutigen Lage des Kapitalismus, existieren nicht für ihn.

Den Krisen geht unser Wahrheitsfanatiker so sorgfältig aus dem Wege, daß er in seinem Abdruck des sozialistischen Programms, das er vernichten will, den Absatz, der von den Krisen handelt, eigens wegläßt. Welch' sonderbarer Zufall!

Ebenso wenig wie von dem Krisenelend spricht Bürger von dem enormen Anwachsen des Kapitals und seiner Produktivkräfte.

Für alles das hat er keine Augen. Dagegen sind sie sehr scharf, jede Verbesserung in der Lage der arbeitenden Massen zu entdecken, ja so scharf, daß sie sogar Dinge sehen, die nicht da sind.

Einige Stichproben mögen genügen.

Um zu zeigen, wie sehr sich die Lage der Arbeiter gebessert hat, theilt es Folgendes mit:

„Der Sozialist Marshall schrieb 1885: „Zu Beginn des Jahrhunderts waren die Preise der Bedarfsartikel der Arbeiter, eins in's andere gerechnet, nahezu doppelt so hoch wie heute. Gleichzeitig hat sich der mittlere Geldlohn der Arbeit auf das Doppelte gehoben.“

Den „Sozialisten“ Marshall, durch dessen „Geständniß“ Bürger hier die anderen Sozialisten zu vernichten sucht, schenken wir ihm. Des Professors den

Nationalökonomie an der Universität Oxford hat ungefähr ebenso viel mit dem Sozialismus zu thun, als Herr Bürger selbst.

Ob er den Satz wirklich so ausgesprochen, wie ihn Bürger zitiert, sind wir im Moment nicht im Stande, festzustellen. Uns kommt's nur darauf an, ob er durch die Thatfachen gerechtfertigt wird.

Da haben wir zunächst die „Verdoppelung der Löhne seit dem Anfang des Jahrhundert“. Wir können uns dabei nur auf England beziehen, in dem die kapitalistische Produktionsweise damals schon in größerer Ausdehnung herrschte. Da finden wir aber zunächst alles Andere, als ein Steigen der Löhne. Im Gegentheil, so lange die Arbeiter ungeschützt dem Kapital gegenüberstehen, dieses weder politisch noch ökonomisch durch starke Organisationen wirksam bekämpfen können, sinken die Löhne fast ununterbrochen. Dies Sinken hatte schon im 17. Jahrhundert begonnen (vergl. Th. Rogers, Geschichte der englischen Arbeit, namentlich S. 316), es dauerte fort bis in die ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts. Erst vom Ende der vierziger Jahre an, als die Chartistenbewegung den Zehnstundentag erströht hatte, die Gewerkschaften aufblühten und der Freihandel einen geschäftlichen Aufschwung brachte, begann wieder ein dauerndes Ansteigen der Löhne.

„Im Großen und Ganzen,“ sagt Tugan Baranowsky, der diese Entwicklung gründlich studirt hat, „gingen in England in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Löhne aller Arbeiter, deren Arbeit keine lange Lehrzeit erforderte, herunter“ (Studien zur Theorie und Geschichte der Handelskrisen in England). Dies wird heute allenthalben, auch in der bürgerlichen Wissenschaft, anerkannt. Einzel Forschungen beweisen dies unwiderleglich. Leider lassen sich diese nicht in ein paar statistische Zahlen zusammenpressen. Alle Angaben von Durchschnittslöhnen, namentlich solche, die sich über größere Gebiete und Zeiträume erstrecken, sind unzuverlässig. Man darf ihnen also nur bedingtes Vertrauen schenken, sie nur dann als Illustration des Ganges der Entwicklung benutzen, wenn die von ihnen angezeigte Richtung auch durch die Ergebnisse von Einzeluntersuchungen bestätigt wird.

Nur in diesem Sinne und keineswegs als genaue Lohnangaben sind die folgenden Zahlen anzusehen.

Vor zwei Jahren hat das Arbeitsamt der Vereinigten Staaten aus offiziellen Quellen Lohnangaben aus den verschiedensten Arbeitszweigen und den verschiedensten Staaten für möglichst lange Zeiträume zusammengetragen. Für manche Gewerbe bringt das Sammelwerk Lohnangaben schon aus dem 18. Jahrhundert.

Alle einschlägigen Daten daraus zu geben, hieße einen Band füllen. Einige Angaben mögen genügen. Wir finden dort folgende Tagelöhne für England verzeichnet (wir rechnen sie in Mark um, 1 Dollar = 4 Mark; n. bezeichnet den niedrigsten, h. den höchsten, D. den Durchschnittslohn):

Baumwollspinner								Baumwollweber			Tagelöhner				
Männer		Frauen		Männer		Frauen									
n.	h.	D.	n.	h.	D.	n.	h.	D.	n.	h.	D.	n.	h.	D.	
1810	—	—	6.88	1812	—	—	2.52	1810	1.96	3.40	—	1824	—	—	2.60
1832	3.24	4.04	—	1832	1.64	2.44	—	1833	—	—	1.56	1838	—	—	2.44
1849	2.92	6.48	—	1849	0.72	1.20	—	1839	1.48	1.92	—	1844	1.96	2.12	—
1859	3.24	7.28	—	1859	0.80	1.44	—	1849	1.44	2.60	—	1849	2.12	2.52	—
—	—	—	—	—	—	—	—	1859	1.64	3.24	—	1860	1.96	3.48	—

Mit dem Jahre 1860 kommen wir mit der Lohnstatistik auf festeren Boden; hier ist auch das Material schon vielfach bearbeitet. Am einwandfreiesten er-

scheint uns die Methode des englischen Statistikers Bowley zu sein, der zwar auch gleich manchem seiner Kollegen, zu optimistisch rechnet, weil er an den Fortschritten einzelner durch die Verhältnisse begünstigten Arbeiterschichten den Fortschritt der ganzen Arbeiterklasse mißt, aber immerhin rechnet er gewissenhafter als etwa sein Kollege Giffen.

Uebrigens kommt es bei allen den verschiedenen Berechnungen nur auf eine etwas größere oder geringere Bewertung des Wachstums der Geldlöhne der Arbeiter an, deren Wachstum selbst seit 1860 wird von Niemand bestritten. Aber es ist kein ununterbrochenes, sondern erreicht seinen Höhepunkt schon 1873, den es seitdem erst in den letzten Jahren des jüngsten wirtschaftlichen Aufschwunges wieder erreicht, noch nicht aber überschritten hat; und die Löhne begannen schon wieder von dieser Höhe herabzusinken.

Bowley giebt uns eine Statistik der Löhne von gewerkschaftlich organisirten sowie Landarbeitern von 1860—96. Wir fügen seinen Zahlen die einer Berechnung des Labour Departement über die Landarbeiterlöhne von 33 Gütern für die Zeit von 1850—1899 an. Die Lohnhöhe von 1896 wird gleich 100 gesetzt. Dann betragen im Verhältniß dazu

Jahr	Allgemeine Löhne	Landarbeiter-Löhne	Jahr	Allgemeine Löhne	Landarbeiter-Löhne
1850	—	71	1884	92	100
1860	72	84	1885	91	99
1870	81	91	1886	90	97
1871	84	97	1887	91	96
1872	94	99	1888	91	96
1873	103	103	1889	95	97
1874	99	103	1890	100	99
1875	97	103	1891	101	101
1876	96	104	1892	101	102
1877	95	104	1893	102	101
1878	92	104	1894	101	100
1879	89	100	1895	101	100
1880	89	100	1896	100	100
1881	90	100	1897	—	101
1882	92	100	1898	—	103
1883	93	100	1899	—	105

Nach der amtlichen „Labour Gazette“ betragen die Veränderungen in den Wochenlöhnen einer Reihe von Industriearbeitern pro Kopf (Abnahme —, Zunahme +):

1894 . . . — 1 M. 34 Pf.	1897 . . . + 1 M. 6 Pf.
1895 . . . — 1 „ 26 „	1898 . . . + 1 „ 56 „
1896 . . . — 0 „ 84 „	1899 . . . + 1 „ 52 „

Die Löhne standen also 1899 nur unbedeutend höher als 1893.

Seit 1873 ist also, wenigstens in England, die Aufwärtsbewegung der Löhne eine unbedeutende. Von 1860—73 stiegen sie um 43 pCt., die Landarbeiterlöhne um 23 pCt., — das war das goldene Zeitalter des englischen Arbeiters im 19. Jahrhundert. Dagegen hatten sie 1896 noch nicht wieder das Niveau von 1873 erreicht und der seitdem eingetretene Aufschwung setzte in England nicht so mächtig ein, daß er die Geldlöhne merklich über den Satz von 1873 erhöht hätte.

Giffen freilich berechnet eine Verdoppelung der Geldlöhne. Allerdings nicht seit dem Anfang des Jahrhunderts, sondern seit dem Tiefstand, den einige Jahrzehnte unumschränkter kapitalistischer Industrie herbeigeführt. Nach ihm betrug die durchschnittliche Einnahme des englischen Arbeiters 1836 380 Mark, dagegen 1886 834 Mark, also mehr als das Doppelte. Die Ironie des Schicksals will, daß Kostitz, dem wir diese Ziffer entnehmen, auf der vorhergehenden Seite seines Buches (das Aufsteigen des Arbeiterstandes in England) eine Berechnung desselben Giffen über die Löhne in Manchester bringt. Danach sind dort die Löhne von 1834 bis 1884 gestiegen in den

Spinnereien	63 Prozent	Gerbereien	16 Prozent
Schneidereien	53 „	Maschinenwerkstätten .	18 „

Die Spinnereien verzeichnen die höchste, die Gerbereien die niedrigste von Giffen mitgetheilte Lohnsteigerung. Das würde eine durchschnittliche Steigerung von etwa 40 pCt. ergeben. Wenn Giffen trotzdem aus seinen Einkommensschätzungen eine Zunahme von mehr als 100 pCt. berechnet, beweist das bloß, was derartige Schätzungen werth sind.

Wir haben also vom Beginn des Jahrhunderts bis in die vierziger Jahre ein Sinken der Löhne, dann unter dem Einflusse der Arbeiterbewegung ein allmähliges Steigen bis 1873. Von da an ein Schwanken um die erreichte Lohnhöhe, das von dem Wechsel von Prosperität und Krise bedingt wird. Von einer allgemeinen Verdoppelung der Löhne im Laufe des Jahrhunderts ist nicht zu reden, sondern im besten Falle von einem durchschnittlichen Wachstum um ein Drittel bis zur Hälfte von den vierziger bis in die siebziger Jahre.

Für Deutschland haben wir leider keine so weit zurückreichenden Berechnungen. Im Ganzen und Großen ist der Entwicklungsgang ähnlich gewesen, nur setzte er später ein, die Bewegung ist noch jugendlicher, kraftvoller, als zur selben Zeit in England. Und das Kapital findet von vornherein eine starke Gegenwirkung gegen seine Ausbeutungsgelüste in einer energischen und aufgefällten Sozialdemokratie. Aber auch die Lebensmittelpreise wachsen in Deutschland schneller, wie wir noch sehen werden. Die Bewegung der Löhne ist daher hier seit den siebziger Jahren energischer gewesen als in England. Von 1890 bis 1900 sind die Löhne der gewerblichen Arbeiter durchschnittlich — so weit man darauf aus Ziffern der Berufsgenossenschaften über die anrechnungsfähigen Lohnbeträge schließen darf — um 20 pCt. gestiegen, während sie in England nur unbedeutend zunahmten. Seitdem sind sie freilich auch wieder bedeutend gefallen. Ein und wieder mag die Lohnbewegung in Deutschland im Laufe der letzten 50 Jahre zu einer Verdoppelung der Löhne geführt haben. Aber eine allgemeine Verdoppelung zu behaupten, dazu liegt auch in Deutschland kein Grund vor.

Wie steht's nun mit dem Sinken der Preise?

Bunächst einige Zahlen aus England. Da finden wir, daß dort die Weizenpreise von 1821—1875 sich fast gar nicht änderten. Die Tonne Weizen kostete 1821—30 durchschnittlich 266 Mark, 1871—75 246 Mark. Erst von da an finden wir ein allerdings starkes Sinken auf die Hälfte des obigen Preises (1891—95 128 Mark). Dieses Sinken hat aber seit einigen Jahren ein Ende erreicht. 1898 kostete die Tonne wieder 159 Mark. Das Sinken der Getreidepreise kennzeichnete nicht das ganze Jahrhundert, sondern nur zwei seiner Jahrzehnte.

Von den Fleischpreisen sagt Otto Gerlach im Handwörterbuch der Staatswissenschaften: „So weit sich die Zahlen erstrecken, sehen wir in den stanziger Jahren einen erheblichen Rückgang der Preise, sodann eine allgemein andauernde Steigerung, welche bis zum 9. Jahrzehnt anhält; ebenso allgemein beginnt in den achtziger Jahren ein Preisfall, welcher aber, außer in Großbritannien, nur wenige Jahre währt.“

In London kostete das Kilogramm

	Rindfleisch	Schweinefleisch
1841—50	88 Pf.	114 Pf.
1871—80	181 "	124 "
1896	93 "	82 "
1898	96 "	106 "

Wein Fleisch finden wir heute also dieselben Preise wie in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Keine Spur eines Sinkens auf die Hälfte.

Das in England. In Deutschland geht's den Arbeitern noch weniger gut. Nach Professor Conrad betrogen im preussischen Staat die Preise in Mark:

	Weizen pro Tonne	Roggen pro Tonne	Erbsen pro Tonne	Kartoffeln pro Tonne	Butter pro Meterzentner	Rindfleisch pro Meterzentner	Schweinefleisch pro Meterzentner
1816—20	206	152	162	39	147	67	78
1821—30	121	87	97	25	102	47	55
1831—40	138	101	107	26	110	52	62
1841—50	168	123	130	34	120	57	74
1851—60	211	165	176	47	147	70	92
1861—70	204	155	163	45	178	87	105
1871—75	235	179	224	60	231	115	126
1876—80	212	166	232	61	224	115	124
1881—85	190	160	237	53	224	118	122

Von einem steten Sinken der Preise seit dem Anfang unseres Jahrhunderts, geschweige denn von ihrem Sinken auf die Hälfte, ist da nicht das mindeste zu merken. Wenn wir von den hohen Ausnahmepreisen von 1816—20 absehen, die eine Folge der Kriegsnoth des napoleonischen Zeitalters sind, finden wir von 1821 bis 1871—75 ungefähr eine Verdoppelung der Lebensmittelpreise. Erst von 1875 an sinken die Preise und dies Sinken dauert bis 1887, wie folgende Tabelle zeigt, deren Angaben (der Roggen- und Weizenpreise in Leipzig, der Kartoffel-, Rindvieh- und Schweinepreise in Berlin, der Butterpreise in München) wir den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reichs, 1902, 1. Heft, entnehmen:

	1882	1887	1896	1897	1898	1899	1900	1901
	M.							
Roggen (1 Tonne)	165	180	130	136	155	156	153	151
Weizen (1 Tonne)	215	170	158	162	190	156	146	165
Kartoffeln (1 Tonne)	36	33	34	43	43	38	45	39
Rindvieh (1 Meterztr.)	106	100	112	113	113	116	119	117
Schweine (1 Meterztr.)	103	87	86	105	111	95	96	112
Butter (1 Meterztr.)	—	189	199	199	194	195	192	203

Wie bei den Löhnen finden wir auch bei den Lebensmitteln ein Sinken von den siebziger Jahren bis 1887, von da ab einen Tiefstand bis 1896 und schließlich wieder eine Steigerung der Preise. Davon, daß die Löhne stetig hinauf und die Preise stetig hinunter gehen, keine Spur.

Aber der Mensch braucht nicht allein Brot und Fleisch. Er muß auch kochen und heizen. Sehen wir zu, wie sich die Preise der Steinkohlen entwickelt haben.

Auch sie erreichen ihren ersten Höhepunkt 1873. Von da an betrug in Preußen (von 1878 an gelten die Daten für das Deutsche Reich) der Steinkohlenpreis pro Tonne in Mark (nach Neumann Spallart, Uebersichten der Weltwirthschaft, 1884):

1873	1874	1875	1879	1882
10,94	10,56	7,62	4,50	5,18

Von da an (nach den schon erwähnten Vierteljahrshäften) Magerkohle, Essen:

1882	1885	1890	1896	1897	1898	1899	1900	1901
5,2	4,7	11,0	7,7	8,3	8,6	8,9	9,5	9,5

Also auch hier von 1873 bis 1885 ein Sinken, seitdem jedoch fast ständige Hochhaltung des Preises.

Dabei sind aber alle die hier mitgetheilten Preise solche des Großhandels. Sie werden sehr erhöht durch den Zwischenhandel, und dessen Kosten wachsen immer mehr. Bürger hat triumphirend darauf hingewiesen, daß die Zahl der Handelsbetriebe um so viel rascher wächst, als die Bevölkerung. Im Handelsgewerbe hat die Zahl der Hauptbetriebe von 1882—1895 um 40 pCt., die der darin beschäftigten Personen um fast 60 pCt. zugenommen, während die Bevölkerung bloß um 14,5 pCt. wuchs. Die Zwischenhändler produziren aber nichts, sie vermehren nicht die Zahl der Produkte. Nehmen sie rascher zu, als die Bevölkerung, dann müssen sie entweder denselben Antheil vom Gesamtprodukt der Gesellschaft, der auf sie entfällt, in entsprechend mehr Portionen theilen, also kümmerlicher leben, oder sie müssen diesen Antheil vergrößern, das heißt, die von ihnen verkauften Produkte vertheuern. Oder aber, und das ist meist der Fall, beides tritt ein.

Statistisch läßt sich diese Thatsache leider noch nicht feststellen. Aber wir dürfen doch nicht glauben, daß in der Wirklichkeit nur das vorhanden ist, was eine statistische Aufnahme gefunden hat.

Der Mensch muß aber nicht bloß essen, sondern auch wohnen. Die Wohnungspreise spielen eine gewichtige Rolle in den Ausgaben des Arbeiters. Bürger schweigt davon. Holen wir sein Versäumniß durch einige Daten nach.

Aus Wien berichtet Paul Schwarz in den neuen Untersuchungen über die Wohnungsfrage (herausgegeben vom Verein für Sozialpolitik, 1901), es sei dort auf den Kopf durchschnittlich ein Miethszins gekommen von

1869	53 fl.
1880	76 fl.
1890	80 fl.

In Berlin betrug nach C. J. Fuhs der durchschnittliche Miethspreis einer Wohnung

1815	117 Mark
1830	255 "
1873	513 "
1882	597 "
1892	674 "

Nach Andreas Voigt (in derselben Publikation des Vereins für Sozialpolitik) beträgt die Steigerung des Bodenwertes in manchen neueren Theilen Berlins von 1865 bis 1895 1000 bis 2000 pCt.! So

Untere Friedrichstadt	1028 Prozent
Rosenthaler Vorstadt	1071 "
Stralauer Viertel	1244 "
Schöneberger Vorstadt	1957 "

Bei allen diesen Angaben sind die jüngsten Mieths- und Bodenwerthssteigerungen seit 1895 garnicht in Betracht gezogen!

Während also die Löhne ununterbrochen auf und ab schwanken, ebenso die Lebensmittelpreise, zeigt die Bewegung der Wohnungsmiethen ein ganz anderes Bild: Stetig steigen sie nach aufwärts, und zwar in raschster Weise.

Und von dieser Steigerung werden die Aermsten viel mehr betroffen, als die Wohlhabenden und Reichen!

Professor *Herzner* veröffentlichte in der 2. Auflage seiner Arbeiterfrage eine Hamburger Statistik des Antheils der Miete am Einkommen in den verschiedenen Einkommensklassen.

Einkommensklassen	Es betrug die Miete in Proz. des nebenstehenden Einkommens in den Jahren				Zunahme von 1868—1892
	1868	1874	1882	1892	
von 600—1 200 M. .	18,77	20,90	23,51	24,76	+ 5,94
über 1 200—1 800 " .	19,89	21,13	18,94	22,22	+ 2,33
" 1 800—2 400 " .	20,27	20,38	19,50	22,09	+ 1,82
" 2 400—3 000 " .	19,45	19,21	19,78	20,81	+ 1,36
Dagegen					Abnahme von 1868—1892
über 3 000— 3 600 M.	19,59	19,03	17,90	19,15	
" 3 600— 4 200 "	19,28	18,17	18,33	18,17	— 1,11
" 4 200— 4 800 "	18,89	17,38	17,22	17,88	— 1,01
" 4 800— 6 000 "	18,55	17,35	18,33	17,71	— 0,84
" 6 000—12 000 "	15,99	15,48	16,72	15,12	— 0,87
" 12 000—30 000 "	11,51	10,75	12,23	10,38	— 1,13
" 30 000—60 000 "	6,88	7,44	8,03	6,21	— 0,62
" 60 000 M.	3,71	3,78	3,87	3,05	— 0,67

Die reichen Leute geben also nur ein Zehntel bis ein Dreißigstel ihres Einkommens für ihre palastähnlichen Wohnungen aus, und verhältnißmäßig sank diese Ausgabe noch von 1868 bis 1892. Die ärmsten der Proletarier hatten 1868 fast ein Fünftel ihres Einkommens für ihre Wohnhöhlen zu opfern, und dieser Antheil stieg noch bis 1892 auf ein Viertel! Er ist seitdem wohl noch weiter gewachsen.

Aber wir haben nicht bloß alte Ausgaben mit neuen zu vergleichen. Eine Reihe ganz neuer Ausgaben ist entstanden, die das Budget des Arbeiters belasten. So z. B. die Ausgaben für Fahrgelegenheiten. So lange die Städte und die Betriebe klein waren, konnte der Arbeiter leicht leicht neben der Arbeitsstätte wohnen, und Sonntags führte ihn ein Spaziergang in's Freie. Heute wachsen Städte und Betriebe immer mehr, es wird immer schwerer möglich, alle die Massen, die in einer der großen Arbeitsstätten arbeiten, in ihrer Nähe wohnen zu lassen, die Entfernungen, die der Arbeiter durchschnittlich von und zu der Arbeit zurückzulegen hat, wachsen zusehends. Und ebenso wächst die Entfernung der Arbeiterquartiere von der grünen Natur. Will der Arbeiter in die Arbeit, will er sich in freier Luft erquicken, er muß immer mehr Straßenbahnen, Eisenbahnen oder das Fahrrad dazu in Anspruch nehmen — Ausgaben, die er ehemals nicht kannte.

Andererseits hat der moderne Massenkampf dem Proletariat Kriegskosten aufgehaßt, die ihm früher unbekannt waren. Wenn manche Schichten der Arbeiterschaft ihre Löhne nicht unerheblich gesteigert haben, so verdanken sie das vor Allem ihrer gewerkschaftlichen und politischen Thätigkeit, ohne die sie von dem feindlichen Kapital nur zu leicht überhand und in's Elend hinabgestoßen würden. Der Kampf gegen das Kapital, das heißt, der Kampf gegen die Verelendung, der gewerkschaftliche und politische Kampf, kostet aber Geld, an regelmäßigen und außergewöhnlichen Beiträgen für Streiks, Versicherungen, Wahlen, Zeitungen u. s. w. Das alles ist nicht hinausgemorsenes, sondern sehr wohl angelegtes Geld. Aber diese Kosten des Kampfes gegen das Elend müssen abgezogen werden von den gesteigerten Löhnen, die ohne diese Ausgaben garnicht zu Stande gekommen wären und sich ohne sie nicht aufrecht halten ließen.

Herr Bürger ist da freilich anderer Meinung. Er sagt:

„Auch an Parteibeiträgen könnten unsere Arbeiter sparen. Oder ist es etwa nothwendig oder nützlich, daß die deutschen Arbeiter theils für die Hauptpartei-kasse, theils für die örtlichen und Kreisparteivereine jährlich 5 bis 6 Millionen Mark lediglich zu dem Zweck aufbringen, daß die un-möglichen Behauptungen des sozialdemokratischen Programms Tag für Tag in so und so vielen Versammlungen und Zeitungen wiederholt werden? ... für Streiks wurden in dem einzigen Jahre 1900 von den deutschen Arbeitern fast 3 Millionen Mark ausgegeben. Auch hier konnte wohl manche schöne Mark gespart werden.“

Wie „unwahr“ die Behauptungen des sozialdemokratischen Programms sind, haben wir bereits zu zeigen Gelegenheit gehabt, ebenso wie wahr die Behauptungen des Herrn Bürger. Einen weiteren Beitrag zu dieser Wahrhaftigkeit giebt seine Behauptung, daß die Arbeiter jährlich für die Kassen der Partei 5 bis 6 Millionen aufbringen. Thatsächlich giebt es gar keine Statistik dieser Beiträge, und alles, was darüber vorgebracht wird, beruht auf müßigen Erfindungen. Die Einnahmen des Parteivorstandes aus Parteibeiträgen beliefen sich im letzten Jahre (August 1901 bis Juli 1902) auf 176 671 Mark.

Die Statistik des Herrn Bürger ist wohl in folgender Weise zu Stande gekommen. Er rechnet, daß jeder Parteigenosse 20 Pfennige monatlich Parteibeiträge zahlt. Das macht 2 M. 40 Pf. jährlich. Die Zahl der sozialdemokratischen Wähler beträgt über zwei Millionen. Diese Zahl mit 2,40 M. multipliziert, giebt „jährlich 5—6 Millionen Mark“.

Selbstverständlich sind bei weitem nicht alle Wähler Parteigenossen, die einer Partei-Organisation angehören und regelmäßige Beiträge zahlen. In demselben Maße, in dem die Zahl der organisirten Parteigenossen geringer ist, als die der Wähler, hat unser Bürger die Wahrheit — sagen wir „übertrieben“. Einem Wahrheitsfreund seiner Sorte kann offenbar die Wahrheit nie groß genug sein.

Aber selbst wenn die Arbeiter ganz Deutschlands für die politische Vertretung ihrer Interessen 5 bis 6 Millionen Mark jährlich aufbrächten, also ungefähr ein Viertel dessen, was ein modernes Panzerschiff kostet, wäre das nicht zu viel für die große und schwere Aufgabe, welche sie zu erfüllen hat: der politischen Macht der kapitalistischen Klasse entgegenzuwirken und die Interessen der beschloßenen Klassen im Staate zur Geltung zu bringen. Und das Gleiche gilt von den Streiks. Die Steigerung der Löhne, die Herr Bürger nicht genug zu rühmen weiß, sie wäre nicht errungen worden ohne die Geldmittel, welche die Proletarier zur Führung ihrer politischen und wirtschaftlichen Kämpfe aufbrachten.

Zieht man alle diese Umstände in Erwägung, dann erscheint die materielle Verbesserung der Arbeiterverhältnisse nicht so gewaltig, wie Bürger sie darstellt.

Kein Zweifel, einzelne Arbeiterschichten haben ihre Lage in den letzten Jahrzehnten erheblich verbessert, aber viele sind auf dem alten Niveau geblieben, manche immer tiefer im Elend versunken. Wir haben keinen Grund, zu erklären, der Kampf gegen das Elend sei aussichtslos und dieses in allgemeinem Wachsthum. Vielmehr ist es stellenweise durch die Arbeiterbewegung schon zurückgedrängt worden und es ist in mancher Beziehung in allgemeiner Minderung begriffen. Aber diese Minderung ist sehr geringfügig, verglichen mit den Schäden, welche die Kapitalistenklasse aufhäuft; sie ist nur durch steten und erbitterten Kampf dieser Klasse abgerungen worden, sie kann nur fortgeführt, ja behauptet werden in stetem Kampf. Und die einzige Partei, welche diesen Kampf führt und dem Elend in wirksamer Weise heute schon entgegenwirkt, ist die Sozialdemokratie.

c) Die sittliche und körperliche Hebung des Volkes.

Nachdem Bürger die ökonomische Hebung der Arbeiterschaft in seiner Weise beleuchtet hat, fragt er: „Wie bekommt dem Volke die gegenwärtige soziale Einrichtung?“ Und er antwortet: „Die Antwort auf diese Frage kann wahrheitsgemäß nicht anders lauten als: **sehr gut!**“

Wahrheitsgemäß! Von nichts spricht Herr Bürger so gern wie von der Wahrheit. Es giebt Leute, die gerade das am höchsten schätzen, was ihnen am fernsten liegt.

Begründet wird dieses „sehr gut!“ mit einer Reihe statistischer Zahlen, die bezeugen sollen, daß das deutsche Volk sittlich und körperlich in erfreulichstem Aufschwung begriffen ist.

Sagten diese Zahlen wirklich das, was sie nach Bürger sagen, so bewiesen sie damit noch nichts für seine Behauptung, wie schon unsere Auseinandersetzungen über die sogenannte Theorie der Verelendung zeigen. Er müßte erst beweisen, daß diese Verbesserungen aus der „gegenwärtigen sozialen Einrichtung“ entsprangen und nicht aus dem Kampf dagegen. Oder zählt er diesen Kampf und die ihm dienenden Organisationen auch zu der „gegenwärtigen sozialen Einrichtung?“ Ja, dann müßten wir dieselbe Antwort geben wie Bürger, und sie könnte auf die Frage: wie bekommen dem Volk Sozialdemokratie und Gewerkschaften? wahrheitsgemäß nicht anders lauten als: **sehr gut!**

Aber so meint das Herr Bürger nicht. Von der Sozialdemokratie und auch von den Gewerkschaften, wie seine Bemerkung über die Streiks bezeugt, will er nichts wissen. Die „gegenwärtige soziale Einrichtung“ ist ihm der Kapitalismus.

Wenn aber dieser so segensreiche Folgen heute zeitigt, wo ihn Sozialdemokratie und Gewerkschaften einengen, so müßte er um so herrlicher dort wirken, wo weder Sozialdemokratie noch Gewerkschaften ihm entgegenreten.

In diesem idealen Zustand befindet sich heute der Kapitalismus nirgends. Um einen solchen zu finden, müssen wir wieder nach England gehen und uns in die ersten Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts versetzen. Wie er damals auf die **L ö h n e** wirkte, haben wir schon gesehen.

Wie er auf die Sittlichkeit wirkte, zeigen folgende Zahlen der vor den Schwurgerichten Angeklagten im Verhältnis zur Bevölkerung. Es entfielen auf je 10 000 Köpfe:

Jahr	Angeklagte	Jahr	Angeklagte	Jahr	Angeklagte	Jahr	Angeklagte
1823	98	1828	123	1833	140	1838	151
1824	108	1829	137	1834	155	1839	158
1825	112	1830	131	1835	141	1840	173
1826	124	1831	140	1836	140	1841	174
1827	135	1832	147	1837	156	1842	194

Die Ziffer der Angeklagten hatte sich also binnen 20 Jahren mehr als verdoppelt. Von 1843—1848 blieb sie noch sehr hoch, um von 1849 an allmählig in demselben Maße zurückzugehen wie die Löhne stiegen.

Um die Einwirkung des Kapitalismus auf den körperlichen Zustand der Arbeiterbevölkerung statistisch zu beleuchten, stehen uns nur die Ziffern der Todesfälle in England, und die erst von 1838 an zur Verfügung. Auch sie steigen von 224 per 10 000 Köpfe auf 251 im Jahre 1849, dem großen Wendepunkte, in dem der gesetzlich bestimmte Zehnstundentag verwirklicht wurde. Viel deutlicher als die Bewegung der Sterbeziffern innerhalb eines Jahrzehnts mit seinem Wechsel von Prosperität und Krise spricht ihre gleichzeitige Vertheilung über die industriellen und die landwirthschaftlichen Bezirke. Es kamen auf je 10 000 Köpfe der Bevölkerung

Jahr	in den landwirthschaftlichen Grafschaften Todesfälle	in den industriellen Grafschaften Todesfälle
1838—40	204	283
1840—43	202	256
1844—46	205	266
1847—49	214	302

Die Sterblichkeit war also in den industriellen Grafschaften fast um 50 pCt. größer, als in den landwirthschaftlichen.

Wir sehen, wie dem Volke die „gegenwärtige soziale Einrichtung bekommt“, wenn sie nicht durch staatlichen Arbeiterschutz und starre politische und wirtschaftliche Arbeiterorganisationen eingedämmt wird, und wie die wahrheitsgemäße Antwort darauf zu lauten hat.

Daß seitdem unter dem Einfluß eines kraftvollen Widerstandes der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus Manches schon besser geworden ist, haben wir gar keine Ursache zu leugnen. Aber auch hier müssen wir konstatiren, daß Herr Bürger das Erreichte viel zu rosig malt. Zur Selbstzufriedenheit ist leider sehr wenig Grund vorhanden.

Als ersten Beweis dafür, wie wohl sich das deutsche Volk befindet, führt Bürger die Zunahme der Eheschließungen an. Es kamen auf 1000 Einwohner im Deutschen Reiche im Durchschnitt:

Eheschließende							
1877—80	1881—85	1886—90	1891—95	1896	1897	1898	1899
15,3	15,4	15,8	15,9	16,4	16,7	16,8	17,2

„Also eine unausgesetzte kräftige Aufwärtsbewegung!“

Sicher. Aber seit wann? Seit 1877, seit dem Höhepunkt der letzten großen Krise. Von da bis zum Höhepunkt des darnach schließlich folgenden wirtschaftlichen Aufschwunges haben wir eine „kräftige Aufwärtsbewegung“. Aber die Sache erhält ein anderes Gesicht, wenn man nicht das eines Ehrenbürgers von Schwindelheim würdige Kunststück macht, den tiefsten Stand der wirtschaftlichen Depression mit dem Höhepunkt des Aufschwunges zu vergleichen, sondern Höhepunkt mit Höhepunkt vergleicht. Wir finden dann 1871—76 18,1 Eheschließende, dagegen 1899 nur 17,2, also erheblich weniger. Herr Bürger redet sich freilich dahin aus, die Zeit von 1871—76 sei eine ganz abnorme gewesen, wegen des Milliardenjagens und des vorhergehenden Krieges. Aber diese Aus-

flucht gilt nicht für das vorhergehende Jahrzehnt. Da gab's keinen Milliardenregen. Nun, die Statistik verzeichnet im Deutschen Reich:

Eheschließende			
1861—1870	1871—1880	1881—1890	1891—1900
17,0	17,2	15,6	16,4

Also im großen Ganzen eine *Abnahme* der Eheschließungen seit vierzig Jahren.

Wie genau sich Herr Bürger die Ziffern ansieht, mit denen er beginnt, zeigt sich daraus, daß er in seiner statistischen Reihe der Eheschließenden sonst die Durchschnittsziffern von je 5 Jahren giebt. Aber er beginnt sie nicht, wie er sollte mit dem Jahrzehnt 1876—80, sondern mit dem Jahrzehnt 1877—80. Die Wahl des Jahres 1877 statt 1876 als Ausgangspunkt wird begreiflich, wenn man erfährt, daß 1876 die Zahl der Eheschließenden noch 17 per 1000 war (1872 noch 20,51). Das Jahrzehnt 1876—80 hätte dann 15,7 Eheschließende gegeben, denen für den Zeitraum von 1881—85 die Ziffer 15,4 zu folgen hatte — also keine „unausgesetzte kräftige Aufwärtsbewegung“. Man hätte dann diese erst 1896, also zur Zeit des Beginns des letzten wirtschaftlichen Aufschwunges einsehen gesehen.

Wichtig ist es, wenn Bürger angiebt, die *Sterblichkeit* habe abgenommen und der Ueberschuß der Geburten über die Gestorbenen sei gewachsen. Es ist schwer zu entscheiden, inwiefern daran die Fortschritte der Medizin und der hygienischen Technik einerseits und die Fortschritte der Arbeiterklasse durch Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit theilhaftig sind. Bemerkenswerth aber ist es, daß die Krisis noch mächtiger ist als diese Fortschritte und daß sie die Ertragskraften der letzten Jahre zu nichte zu machen droht. Es betrug der Ueberschuß der Geburten über die Todesfälle auf 10 000 Einwohner:

	1891	1892	1893	1894	1895	1896	1897	1898	1899	1900
Deutsches Reich	136	116	122	136	140	155	147	156	144	135
Großbritannien	111	116	116	130	115	128	122	119	110	107

1900 waren wir bereits wieder unter dem Stand von 1891 angelangt. Und da hatte die Krise kaum begonnen! Die Zahlen für 1901 liegen uns zur Stunde leider noch nicht vor. Sie dürften einen weiteren Rückgang zeigen. In England ist der Rückgang noch stärker, und er setzte dort schon 1897 ein.

Wie wenig gut trotz des Rückganges der Sterblichkeit die „gegenwärtige soziale Einrichtung“ dem Volk bekommt, zeigt folgende Tabelle, die Hertner einer Schrift Vallod's entnimmt (die mittlere Lebensdauer in Stadt und Land). Er fand in England 1890—92 folgende Sterblichkeit pro 10 000 Lebende:

Berufsarten	15	20	25	35
	bis 20 Jahre	bis 25 Jahre	bis 35 Jahre	bis 45 Jahre
Selbständige Landwirthe und deren Söhne	13	24	43	70
Landwirtschaftliche Arbeiter und Dienstboten	17	39	52	83
Metallarbeiter	27	54	75	137
Textilarbeiter	34	59	75	123
Bergwerksarbeiter	38	57	64	97

Die Sterblichkeit bei den Industrieproletariern ist also in dem Alter von 15 bis 25 Jahren mehr als doppelt, fast dreimal so groß als bei den Landwirthen aus den bestehenden Klassen. Welch' beförmliche soziale Einrichtung!

Hertner führt noch Daten aus der Schweiz an, die die gleiche Erscheinung anzeigen, und bemerkt dazu: „Diese aus der Schweiz und England stammenden Ziffern verdienen umsomehr volle Beachtung, als sie nicht aus der Sturm- und Drangperiode des Kapitalismus herrühren, sondern Zustände beleuchten, die bereits durch gewerbehygienische Maßregeln und sozialpolitische Gesetze beeinflusst worden sind.“

Daß sie auch von Bürger Beachtung finden, ist allerdings nicht zu erwarten. Sie könnten seiner „Wahrheitsliebe“ zu unbequem werden.

Wenn aber die Fortschritte der Hygiene und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen mancher Proletarierschichten die Sterblichkeit eingeschränkt haben, so ist damit der Kampf ums Dasein nicht leichter geworden. Viele Arbeiterschichten sind noch in tiefstem Elend, viele Kleinbürger versinken im Elend, und selbst für die Kapitalisten tobt der Konkurrenzkampf immer stärker. Wenn die ärztliche Kunst es heute vermag, die Leute länger am Leben zu erhalten, so vermag sie es doch nicht, ihre Nerven inmitten des tollen Wirbels der „gegenwärtigen sozialen Einrichtung“ gesund zu erhalten. Die Zahl der Nervenkrankheiten, die den Menschen nicht rasch tödten, dafür aber sein Dasein vergiften, wächst von Jahr zu Jahr. Ein Anzeichen davon giebt die Statistik der **Serfinsfälle**.

In Preußen zählte man auf 100 000 Anwesende

	1871	1880	1895
Geistesranke	223	243	260

Wie in der Zunahme der Geisteskrankheiten zeigt sich auch die **Wesämlichkeit** der „gegenwärtigen sozialen Einrichtung“ in der der **Selbstmorde**.

Bürger erzählt freilich:

„Die Selbstmorde sind bei uns in langsamem Rückgang: im Deutschen Reich starben durch Selbstmord auf eine Million Einwohner:

1881—90	1891—93	1894	1895	1896	1897	1898	1899
209	212	217	202	206	206	199	195.“

Schon diese Zahlen sind sehr merkwürdig. Sie bezeugen ein stetiges **Anwachsen** der Ziffer der Selbstmorde von 1881 bis 1894 (von 209 auf 217). Erst seit dem Beginn des wirtschaftlichen Aufschwunges 1895 beginnt der Rückgang der Zahl der Selbstmorde — ein deutlicher Beweis dafür, wie eng sie mit unseren wirtschaftlichen Verhältnissen zusammenhängen, wie viele sich verhindern lassen, wenn unsere sozialen Zustände befriedigend wären. Das beweisen diese Zahlen, sonst nichts. Herr Bürger müßte uns denn davon überzeugen, daß eine Aera stets wachsender Prosperität, wie sie von 1895 bis 1899 herrschte, einen dauernden Zustand in der kapitalistischen Produktionsweise bilde und nicht einen kurzen Hauch, dem leider stets ein gewaltiger **Nagenjammer** folgt, die Krise.

Thatsächlich hat 1900 die Zahl der Selbstmorde pro 1 Million Einwohner schon wieder 203 betragen, ist also gegen 1899 (195) schon wieder gewaltig gestiegen. Und das war erst der Anfang der Krise.

Nehmen wir einen größeren Zeitraum, dann sieht man offenbar die stete Zunahme des Selbstmordes, die auch durch soziale Reformen nicht aufgehalten wird.

Es betrug (nach Masarik, Der Selbstmord als soziale Massenerscheinung, 1881, und nach G. v. Mayr im Handwörterbuch der Staatswissenschaften), die Zahl der Selbstmorde in:

Jahr	Frankreich	Jahr	Oesterreich	Jahr	Sachsen	Jahr	Preußen
1827—30	1739	1828	626	1836	214	1836	1436
1876	5804	1879	2515	1877	1114	1866	2485
1881	6741	1881	3504				
1897	9356	1898	4088				

Eine besondere Schönheit der kapitalistischen Gesellschaft bildet der **Kinder selbstmord**. Darüber schreibt der Amtsgerichtsrath Dr. Paul Frauenschild in der „Zeitschrift für Sozialwissenschaft“ (1901, 8. Heft):

„Die gewaltig ansteigende Selbstmordtendenz der erwachsenen Bevölkerung in den Ländern mit hoher Kulturentwicklung hat schon seit geraumer Zeit in hohem Grade die Aufmerksamkeit der Moralstatistiker auf sich gezogen. Eine fast noch bedenklichere soziale Erscheinung ist der auch in der **Kinderwelt** immer mehr um sich greifende Selbstmord. Im Königreich Preußen haben, um von anderen Staaten abzusehen, nach der offiziellen Statistik in den 30 Jahren von 1869—1898 1708 Selbstmorde von Kindern im Alter von 6 bis 15 Jahren stattgefunden. Der Kinder selbstmord stieg von 191 in der fünfjährigen Durchschnittsperiode 1869/73 auf 214, 324, 296, 359, 324 in den nächstfolgenden fünf Durchschnittsperioden. In der Periode 1869/73 kam ein Kinder selbstmord auf 666,022, in der Periode 1894/98 einer auf 497,815 Einwohner. An der Gesamtzahl der begangenen Selbstmorde partizipirte das Kindesalter am Anfang der 30jährigen Zählungsperiode mit 31, am Schlusse derselben mit 70 Selbstmorden. Inbessien ist an der Vermehrung ausschließlich die Altersklasse von 10—15 Jahren theilhaftig. Hier stieg der Antheil an der Gesamtzahl der Selbstmorde von 28 auf 67.“

Sobiel über das **Glück** und die **Zufriedenheit**, die die herrschende Produktionsweise verbreitet.

Und nun noch einige Worte über die **Sittlichkeit**, die sie erzeugt. Wir wollen hier garnicht bestreiten, daß es in der heutigen Gesellschaft eine hohe sittliche Kraft giebt, aber sie liegt nicht dort, wo Herr Bürger sie sucht, denn sie liegt in der **Sozialdemokratie**. Diese ist es, die den Arbeiter aus der sittlichen Erniedrigung erhebt, in die ihn der schrankenlose Kapitalismus hinabgetreten; sie ist es, die ihm einen sittlichen Halt und ein Ideal giebt, die seine Vergnügungen veredelt, seine Verzweiflungsthaten eindämmt, an Stelle gedankenloser Nothwendigkeit ernstes und unermüdeliches Streben nach höheren Lebensformen setzt. Wo die Sozialdemokratie herrscht, geht daher die Kriminalität, die Zahl der Verbrechen zurück. Aber leider ist die Sozialdemokratie noch nicht stark genug, den demoralisirenden Einwirkungen des Kapitalismus so erfolgreich entgegenzutreten, daß eine Abnahme der Kriminalität im Allgemeinen merkbar wäre. Diese nimmt bisher immer noch zu.

Aus der Bürgerlichen Statistik ist das freilich nicht zu ersehen. Er giebt uns folgende Tabelle:

„Auf 100 000 strafmündige Personen der Deutschen Zivilbevölkerung
kommen rechtskräftig Verurtheilte:

In den Jahren	Mord und Todtschlag	Diebstahl	Raub, räuberische Erpressung	Gehelei	Brand- stiftung	Meineid
1882—87	0,9	290	1,33	24	1,82	2,72
1888—92	0,8	279	1,28	23	1,40	2,33
1893—97	0,8	258	1,18	21	1,36	2,26
1898	0,7	254	1,00	20	1,30	2,12

„Weggelassen sind hier diejenigen Verbrechenarten, die ihrer Natur nach einen sicheren Rückschluß auf die sittliche Beschaffenheit des Verbrechers in vielen Fällen nicht zulassen, wie Betrug, Unterschlagung, Körperverletzung. Die Zahlen lassen durchweg eine erhebliche Abnahme der Verbrechen erkennen, d. h. auch hier wieder das Gegentheil dessen, was nach dem sozialdemokratischen Parteiprogramm der Fall sein müßte.“

Daß die Abnahme der Verbrechen mit dem sozialdemokratischen Programm nicht unvereinbar wäre, haben wir schon gesehen. Warum aber die in der Bürgerschen Tabelle angeführten Verbrechenarten einen sichereren Rückschluß auf die sittliche Natur des Verbrechers zulassen sollen, als die von ihm weggelassenen, ist nicht einzusehen. Wohl aber lassen die Letzteren einen ziemlich sicheren Rückschluß auf die sittliche Natur des Herrn Bürger zu, denn diejenigen Ziffern, die er weggelassen hat, wollen gar nicht in seinen Kram passen. Golen wir das Versäumte nach.

Auf 100 000 strafmündige, d. h. über 12 Jahre alte Einwohner kamen Verurtheilte wegen Verbrechen und Vergehen:

	gegen die Reichs- gesetze überhaupt	Unzucht, Nothzucht	Beleidigung	Gefährliche Körper- verletzung	Unter- schlagung	Betrug	Fälschung von Urkunden
1882	1057	9	122	122	46	37	9
1883—87	1058	9	129	153	45	40	9
1888—92	1101	9	128	173	47	51	11
1895	1250	12	146	221	53	62	13
1898	1257	12	147	239	52	64	13
Zunahme	200	3	25	117	6	27	4

Man sieht, auch hier wieder derselbe „wahrhaftige“ Kunstgriff, den unser Ehrenbürger schon bei seiner Statistik der Kleinbetriebe produziert hat. Um dort eine Abnahme in eine Zunahme umzu„torrigiren“, ließ er die kleinsten Kleinbetriebe einfach weg. So verwandelt er jetzt die Zunahme der Verbrechen in eine Abnahme, indem er alle jene Verbrechen unterschlägt, die zugenommen haben. Viel Geschicklichkeit gehört nicht dazu, nur eine eiserne Stirn und grenzenloses Vertrauen in die Unwissenheit der „denkenden“ Leser, an die sich Bürger wendet, und denen er zum Schlusse seiner Schrift zuruft: „Es ist nicht wahr, daß die Verbrechen im Zunehmen sind, ... denkende Menschen bilden sich selbst ein Urtheil und lehnen es ab, einer Partei noch länger Heeresfolge zu leisten, die sie als schärfste Gegnerin der Wahrheit erkannt haben.“

Es scheint, daß unser biederer Bürger nicht lügen kann, ohne die Wahrheit anzurufen.

Die Verbrechen mindern sich nicht, sie nehmen im Allgemeinen zu. Nur manche Verbrechen nehmen ab, jene Verbrechen, die dem Geiste der Feudalzeit entsprechen und deren einfache Thaten heute immer mehr aus der Mode kommen; jene, bei denen der Thäter direkt durch seine eigene Persönlichkeit, gewissermaßen mit Handarbeit, wirkt, wie Mord und Todtschlag, Raub, Diebstahl und was damit zusammenhängt. Dagegen wachsen jene Eigenthumsverbrechen, die, dem Geist des Kapitalismus entsprechend, raffinierte Methoden anwenden, bei denen die Persönlichkeit des Thäters durch einen vervollkommenen Mechanismus wirkt, wie Fälschung, Betrug, Unterschlagung. In Bürger's Augen sind solche Gaunereien offenbar sehr ehrenwerthe Handlungen, und dann hat er ja Recht mit seiner Behauptung, daß die Kriminalität abnehme.

Neben der Verdrängung der primitiven, plumpen, durch die abgeseimterten Arten der Verbrechen zeigt uns die Statistik aber auch die Zunahme jener Verbrechen, die aus der wachsenden nervösen Reizbarkeit und Verkommenheit der unter dem Drucke des Kapitalismus keuzenden Menschheit herrühren: die Zunahme der Fälle von Nothzucht, Beleidigung, Körperverletzung.

Aber noch andere Veränderungen des Verbrechens zeigt uns die Statistik. Unter den Verurtheilten waren im Alter von 12—18 Jahren:

1882	9,7 Prozent		1898	10,0 Prozent
im Durchschnitt von			1899	9,9 "
1882—1897	9,8 "		1900	10,4 "

Also die Zahl der jugendlichen Verbrecher nimmt zu. Im Jahre 1882 zählte man ihrer 30 719, 1900 48 657. Vorbestrafte Jugendliche waren 1889 5590, 1896 dagegen 8316; 1889 15,2 pCt., 1896 18,8 pCt.

Unter der Gesamtzahl der Verurtheilten waren vorbestraft:

1896	38,9 Prozent		1899	40,8 Prozent
1898	40,2 "		1900	41,8 "

Welche Fortschritte! Der Kapitalismus vermehrt die Zahl der jugendlichen und die der Gewohnheitsverbrecher!

Es gehört eine besondere sittliche Natur dazu, mit dieser „sozialen Errichtung“ zufrieden zu sein.

d) Die Frauen- und Kinderarbeit.

Neben allen diesen Symptomen einer tiefgehenden und theilweise noch fortschreitenden Erkrankung des Volkskörpers, die Bürger in Zeichen blühendster Gesundheit umschminkt, giebt es andere, die er theils gar nicht bespricht, theils flüchtig streift.

Wir würden den Rahmen dieser Arbeit überschreiten, wollten wir sie noch ausführlich behandeln. Aber ohne Erwähnung dürfen sie nicht bleiben.

Die eine dieser Erscheinungen ist die Erwerbsarbeit der Frauen und jugendlichen Personen, durch die das Kapital die Arbeit erwachsener Männer ersetzt. In einer Gesellschaftsordnung, in der die Arbeiter selbst Herren ihrer Produktionsmittel wären, könnte die Erwerbsarbeit von Frauen und Kindern sehr gedeihlich wirken. Die erstere wäre ein Mittel, die Frauen wirtschaftlich selbstständig und dadurch dem Manne gesellschaftlich ebenbürtig zu machen, sie auf eine höhere gesellschaftliche Stufe zu heben. Und die Erwerbsarbeit von Kindern könnte zu einem mächtigen Mittel ihrer körperlichen und geistigen Bildung und sittlichen Erziehung werden.

Über um Alles das ist es dem Kapitalisten nicht zu thun, der nicht selbst arbeitet, sondern von der Arbeit Anderer lebt, der nicht danach strebt, daß die Arbeit unter den für den Arbeiter günstigsten Bedingungen vor sich gehe, sondern danach, so viel Arbeit als möglich für so wenig Geld als möglich zu bekommen. Er benutzt die Arbeit der Frauen und Kinder, weil sie billiger und williger sind als die Männer, und er löst ohne Bedenken die Familie des Arbeiters auf, wenn er einen Profit daraus ziehen kann. Noch schlimmer als der Großkapitalist wirkt in dieser Beziehung der untergehende Kleinbetrieb, der durch weitestgehende Abwanderung von Frauen und Kindern mit der Maschine zu konkurriren sucht. Die Lehrlingszucht floriert, die Zahl der jugendlichen Arbeiter wächst.

Diese Frauen- und Kinderarbeit entspringt aber dem Elend oder wenigstens dem Zurückbleiben der Löhne hinter den Bedürfnissen der Arbeiter. Denn der Arbeiter hängt an seiner Familie und er löst sie nur dann auf, schickt nur dann seine Angehörigen in die Lohnarbeit, wenn sein eigener Lohn nicht langt.

Da ist es denn sehr bezeichnend, daß die Zahl der Erwerbsthätigen in der Bevölkerung rascher wächst, als diese selbst. Während letztere in Deutschland von 1882—95 um 14,5 pCt. zunahm, wuchs die Zahl der Erwerbsthätigen im Hauptberuf um 17,8 pCt. Die Familienangehörigen werden jetzt also mehr zur Erwerbsarbeit herangezogen.

Diese vermehrte Zunahme betrifft aber hauptsächlich die Frauen. Während die Zahl der männlichen Erwerbsthätigen um 15,95 pCt. wuchs, nahm die der in einem Hauptberuf thätigen Frauen um 23,6 pCt., die der Dienstmoten freilich nur um 2,5 pCt., beide zusammen um 18,7 pCt. zu. Daß dieser „Fortschritt“ ausschließlich durch die Zerstörung der Familie vor sich geht, zeigt folgende Ziffer: die Zahl der unverheirateten weiblichen Erwerbsthätigen wuchs um 14,4 pCt., also in demselben Maße, wie die Bevölkerung. Sie nahmen allerdings in der Industrie und im Handel rascher zu als die Bevölkerung, dagegen blieb ihre Zunahme in der Landwirtschaft hinter der der Gesamtbevölkerung sehr zurück. Die Zahl der verheirateten weiblichen Erwerbsthätigen dagegen vermehrte sich um ganze 48 pCt.!

Die Zunahme der Erwerbsarbeit der Kinder ist aus der Berufsstatistik nicht zu erkennen, weil die Aufnahme 1895 nach anderen Grundsätzen stattfand als 1882. Sie wird auch bekanntlich durch gesetzliche Bestimmungen erheblich eingengt. Aber immerhin ist es bezeichnend, daß die Zahl der Erwerbsthätigen unter 20 Jahren nicht bloß absolut, sondern auch im Verhältniß zur Zunahme der Bevölkerung wuchs. Von 10 000 Personen im Alter von weniger als 20 Jahren waren

Erwerbsthätige

1882	1646
1895	1797

Dabei erkennt die offizielle Statistik selbst an, daß die Erwerbsarbeit der schulpflichtigen Kinder viel zu klein angegeben ist, da sie nur unvollständig erhoben wurde. So wird z. B. dort die Zahl der Kinder, die im ganzen Reiche 1895 in der Zeitungspedition beschäftigt waren, auf — 36 angegeben!

Sind Vergleichenungen zwischen der früheren und der späteren Zählung der erwerbsthätigen Kinder nicht gut möglich, so gewährt doch die letztere manchen lehrreichen Einblick in die heutige Ausdehnung der Kinderarbeit. Danach zählte man 1895 in der Industrie 9,3 pCt. jugendliche Arbeiter (unter 16 Jahren). In den Kleinbetrieben mit 1—5 Personen aber zählte man ihrer 17,4 pCt.

Noch größer ist die Zahl der Lehrlinge in der Industrie. Sie betrug 1895 11 pCt. aller Arbeiter, in den Kleinbetrieben aber nicht weniger als 30 pCt.! Ein Drittel aller Arbeiter sind da unreife Arbeitskräfte!

Werner Sombart berechnete in seinem Buch „Der moderne Kapitalismus“ aus den Angaben der Zählung 1895 für einzelne Handwerke folgende Zahlen:
In Betrieben mit bis 5 Personen wurden gezählt:

Gewerbe	Erwachsene Arbeiter	Jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren und Lehrlinge	auf 1000 Erwachsene unweife Arbeitskräfte
Fleischer	54 942	32 401	589
Bäcker	74 986	40 140	642
Schuhmacher	77 441	50 528	652
Stellmacher	22 320	14 638	658
Grobschmiede	55 874	40 511	707
Stubenmaler	26 431	19 021	721
Tischler	72 303	52 570	729
Schneider	90 002	67 903	754
Buchbinder	7 245	6 213	856
Klempner	14 803	12 882	866
Klemer und Sattler	16 505	14 301	866
Buchdrucker	3 968	3 619	912
Tapezierer	6 160	5 620	915
Friseur und Barbier	19 686	19 707	1004
Schlosser	19 598	29 437	1502

Im Ganzen fand Sombart in 21 Handwerken neben 598 813 erwachsenen Arbeitern 443 039 Lehrlinge und jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren, also 739 auf 1000.

Die Zahl der erwerbshätigen Kinder unter 14 Jahren wurde 1898 aufgenommen — doch nicht in der Landwirtschaft und dem Gesindedienst, obwohl auf diese der Löwenanteil der Kinderarbeit entfällt.

Die Zählung von 1895 hatte 214 954 erwerbshätige Kinder unter 14 Jahren ermittelt, davon 135 125 in der Landwirtschaft und 33 501 im Gesindedienst. Auf die übrigen Erwerbarten waren also nur 46 328 gekommen, nicht einmal ein Viertel der gezählten Kinder. Die Zählung von 1898 dagegen, die auch noch unvollständig war, fand nicht weniger als 544 283 erwerbshätige Kinder unter 14 Jahren im Reich, außerhalb der Landwirtschaft und des Gesindedienstes, also über zehnmal mehr als die drei Jahre früher vorgenommene Zählung.

Das zeigt, was manche „amtlichen“ Ziffern wert sind, es beweist aber auch die ungeheure Ausdehnung der Kinderarbeit, die bei uns mit Einschluß der Landwirtschaft und des Gesindedienstes an mehr als einer Million, vielleicht an zwei Millionen junger Menschenleben Raubbau treibt, ihre geistiger, sittlichen und körperlichen Kräfte vorzeitig unterminiert.

Produkt von Elend, erzeugt die Kinderarbeit neues Elend, und zwar nicht bloß unter den ihr ausgelieferten Kindern selbst. Sie macht erwachsene Arbeiter brotlos und überfüllt manche Gewerbe, da sie ihnen einen übergroßen Nachwuchs von Arbeitskräften zuführt.

Eine Armee von Arbeitslosen wird da systematisch gezüchtet.

Damit sind wir bei einem zweiten großen Krebschaden der modernen Produktionsweise angelangt, einem, den bisher keine Sozialreform beseitigen konnte, der Arbeitslosigkeit.

e) Die Arbeitslosigkeit.

Bürger erzählt uns, das „Sozialistenprogramm“ bezeichne als eine Ursache des wachsenden Elends die Zunahme „der Armee der überschüssigen Arbeiter“, was eine Folge sei „des Umsichgreifens der Maschinen, der eisernen Arme“. Das aber, beweist er uns haarklein, sei ein Unsinn, denn aus der sächsischen Industriestatistik geht klar hervor, daß die Zahl der Lohnarbeiter in gleichem Maße wächst wie die der Pferdestärken der Dampfmaschinen, die der Industrie zu Gebote stehen. „Gäßen die Sozialisten Recht, so hätte Sachsen, je mehr hier das Maschinenwesen zunahm, desto weniger Menschen ernähren können. In Wirklichkeit ist es gerade umgekehrt gegangen!“

Wir müssen gestehen, es ist so: je stärker die kapitalistische Industrie, desto größer die Zahl der Industriearbeiter. Wie kommt es aber, daß trotzdem so viele Leute noch immer nicht einsehen wollen, daß die Sozialdemokraten Unrecht haben? Kommt das daher, daß sie alle nicht denken und erst von Herrn Bürger zu denkenden Menschen erzogen werden müssen? Oder nicht vielmehr daher, daß unser Wahrheitsfreund hier wieder einmal den Sozialisten eine Anschauung unterschiebt, die nicht die ihrige ist, vor der wirklichen Lehre der Sozialdemokratie aber den Vorzug besitzt, so unsinnig zu sein, daß Herr Bürger sie mit Leichtigkeit widerlegen kann?

Die Frage der Wirkung der Maschinen auf die Arbeitslosigkeit ist nämlich nicht so einfach, wie Bürger sie hinstellt. Allerdings, die Maschine ersetzt Arbeiter, sie wird nur dann eingeführt, wenn die Kosten ihrer Herstellung und ihres Betriebes geringer sind als die Summe der Löhne der durch sie ersetzten Arbeiter. Aber dies braucht nicht nothwendiger Weise zu einer Verminderung der beschäftigten Arbeiter zu führen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter kann sogar wachsen, trotz der Einführung der Maschine, wenn das in der Industrie angelegte Kapital und die Ausdehnung der industriellen Produktion noch schneller zunehmen als die Steigerung des Ertrages der Arbeit, welche durch die Einführung der Maschine bewirkt wird.

Rascheste Zunahme des Kapitals und der Produktion — das ist also in der kapitalistischen Produktionsweise die nothwendige Vorbedingung, die erfüllt sein muß, soll die Maschine nicht zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit führen. Das ist die Lehre der Sozialdemokratie und lautet etwas anders als der unsinnige Satz, daß die Zahl der Arbeiter in demselben Maße abnehmen müsse, in dem die Zahl der Maschinen zunimmt.

Aber die Produktion läßt sich nicht immer so rasch ausdehnen, als es nothwendig wäre, um der Arbeitslosigkeit entgegen zu wirken. Denn die Produktion hängt ab von der Nachfrage des Marktes. Diese wächst aber im Lande gerade für die Massenprodukte der kapitalistischen Industrie nur langsam, da die Löhne der Arbeiter und damit ihre Konsumfähigkeit nur langsam steigen, mitunter sogar sinken. In ihren Anfängen kann eine kapitalistische Industrie ihren Markt im Lande rasch dadurch vermehren, daß sie die mit ihr konkurrierenden Handwerksbetriebe oder die bäuerliche Hausindustrie ruiniert und sich an ihre Stelle setzt. Hat sie das erreicht, dann kann sie ihren Markt nur noch rasch erweitern, wenn sie sich nicht auf den inneren Markt beschränkt, sondern zur Exportindustrie wird.

Aber immerhin, wie rasch sich auch die kapitalistische Produktionsweise ausdehnen und wie viele neue Arbeitskräfte sie heranziehen und beschäftigen mag, ihr Markt und damit ihre Produktion wächst nie für längere Zeiträume so rasch, wie die Menge der ihr zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte. Neben der Zunahme erwachsener Arbeitskräfte, die aus der natürlichen Vermehrung der Arbeiterklasse hervorgeht, wächst diese durch Zuzug von Handwerkern, Klein-
händlern Bauern, von ausländischen Arbeitskräften, die aus arabischen Ländern

zufließen, endlich durch verstärkte Heranziehung von Frauen und Kinder zur Erwerbsarbeit.

Wie stark auch die Nachfrage nach Arbeitern durch die stete Ausdehnung der Produktion wachsen mag, das Angebot von Arbeitern wächst meist noch rascher, so daß die Industrie nie im Stande ist, alle ihr zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte zu verbrauchen, es immer Arbeitslose giebt. Bürger meint freilich:

„Nach dem in der Phantasie der Sozialisten herumsputenden „Heer der Arbeitslosen“ wurde im Jahre 1895 mit größtem Eifer gesucht, aber die zu diesem Zweck unternommenen beiden Arbeitslosenzählungen führten nicht zur Entdeckung der besagten Armee. Es fanden sich nach Abzug der vorübergehend Arbeitsunfähigen, also der Kranken u. s. w., an wirklichen Arbeitslosen:

am 14. Juni 179 004 = 1,11 Prozent der Arbeiter
„ 2. Dezember 553 640 = 3,43 „ „ „

Er fügt dann weiter hinzu, der Sozialdemokrat Kiefer habe vor „bald 30 Jahren“ eine Broschüre verfaßt, in der er die Zahl der auf Wanderung befindlichen Arbeitslosen auf 200 000 veranschlagte. Nähme die Arbeitslosigkeit zu, dann müßte sie jetzt „in die Millionen gehen. Statt dessen fanden sich alles in Allem 179 000 außer Arbeit Befindliche oder einer auf je 100 beschäftigte Arbeiter. Also auch hier lehren die Thatfachen das Gegentheil dessen, was das sozialdemokratische Programm besagt.“

Also die „Armee der Arbeitslosen“ ist nur ein Produkt der Phantasie der Sozialdemokraten. Merkwürdig, daß dieses bloße Phantasieprodukt die Macht hatte, das Statistische Amt zu zwei Zählungen zu veranlassen, und daß so viele Forscher es für nöthig befunden haben, sich damit eingehend zu befassen. Sie hätten sich an Herrn Bürger ein Beispiel nehmen können. Der macht die Sache einfacher ab.

Freilich, wenn er die Zählungen von 1895 näher angesehen hätte, kann hätte er bei seinem strengen Maßstabe und seinem unentwegten Wahrheitszeifer eher diese statistischen Zahlen als „Phantasieprodukte“ bezeichnet. Denn diese Aufnahmen der Arbeitslosen waren ganz ungenügend. Sie wurden nicht für sich allein, sondern zusammen mit der Berufszählung und Volkszählung vorgenommen. Viele der Befragten verstanden das Frageformular garnicht und füllten, wie das Statistische Amt selbst mittheilt, die Frage, ob arbeitslos oder nicht, garnicht aus. Diese wurden einfach den in Arbeit Befindlichen zugezählt. Personen, die über ein Jahr arbeitslos waren, wurden nicht in die Liste aufgenommen, sondern als dauernd erwerbsunfähig betrachtet; ebenso wurden Leute, die in ihrem Hauptberuf arbeitslos waren, aber in einem Nebenberuf arbeiteten, auch nicht als arbeitslos betrachtet u. s. w. Andererseits wieder meldeten sich Leute als arbeitslos, die es nicht waren. Kurz, die Aufnahme ist höchst lückenhaft und unzuverlässig. Dabei wurden aber nur die Arbeitslosen an zwei Tagen im Jahre gezählt, dem 14. Juni und dem 2. Dezember. Die schlimmste Arbeitslosigkeit tritt aber vielfach erst nach Weihnachten ein, sie ist sicher Anfangs Dezember geringer, als zu Ende Dezember.

In Berlin gehört der Dezember sogar zu jenen Monaten der Winterszeit, der am meisten Nachfrage nach Arbeitern aufweist, merkwürdiger Weise sogar mehr als im Juni. Nach den Mittheilungen des Professor Jastrow (Sozialpolitik und Verwaltungswissenschaft) gab es dort auf 100 offene Stellen Arbeit-

	Januar	Juni	Dezember
1895	172,7	145,0	113,9
im Durchschnitt der Jahre 1890—1901	192,7	164,7	139,3

Man sieht daraus, daß im Januar die Zählung in Berlin weit mehr Arbeitslose ergeben hätte, als im Dezember. Ebenso auch, daß das Jahr 1895 viel günstiger war als der Durchschnitt.

Für andere Theile Deutschlands liegen regelmäßige Berichte erst seit 1896 vor. Die Berichte sämmtlicher Arbeitsnachweise ergaben auf 100 Stellen Arbeit-suchende im Durchschnitt:

	Januar	November	Dezember
von 1896—99	153,0	144,5	146,0

Erst von 1900 an ändert sich das Bild; da haben wir:

	Januar	November	Dezember
1900	126,2	169,3	177,9
1901	160,9	223,9	240,6

Der Einfluß der Prosperität zeigte sich noch im Januar 1900, der der Krise im Dezember 1901. Er wirkte mächtiger als der der Jahreszeiten.

Im Jahre 1895 fand die Zählung am 2. Dezember, also jedenfalls nicht zu der an Arbeitslosen reichsten Zeit des Jahres statt; trotzdem fand man Arbeitslose:

14. Juni	299 352, davon krank	120 348
2. Dezember	771 005, „ „	217 365

Bürger zieht die Kranken von den Arbeitslosen ab. Das ist jedoch höchst ungerechtfertigt. Die Arbeit der Kranken muß doch verrichtet werden. An Stelle der Kranken werden Gesunde eingestellt, die keine Arbeit gefunden hätten, wenn diese Krankheitsfälle nicht vorgekommen wären. Wir sehen da ganz davon ab, daß viele Arbeiter, auch wenn sie krank sind, schuften, so lange sie können, und sich erst dann bei ihren Klassen krank melden, wenn sie außer Arbeit sind.

Die Thatsache bleibt also bestehen, daß trotz aller Lücken am 14. Juni an 300 000, am 2. Dezember an 800 000 Arbeitslose gezählt wurden. Da aber erfahrungsgemäß die Arbeitslosigkeit nach Weihnachten noch zunimmt, wird man kaum zu hoch greifen, wenn man annimmt, daß sie damals bis auf rund eine Million gewachsen sei. Das giebt gegenüber den 200 000 Bagabunden Piefer's eine ganz erschreckliche Zunahme.

Daß aber diese Ziffer nichts Abnormes darstellt, bezeugt der amerikanische Census, der in dem Jahre vom 1. Juni 1889 bis 31. Mai 1890 nicht weniger als 3 523 730 Arbeitslose zählte, bei einer erwerbsthätigen Bevölkerung von 22 700 000 — im Deutschen Reiche betrug die Zahl der Erwerbsthätigen 1895 fast ebenso viel — 22 100 000. In den Vereinigten Staaten wurden damals 15 pCt. der Erwerbsthätigen im Laufe eines Jahres arbeitslos.

Dabei aber waren die Jahre der Zählungen — sowohl 1890 in Amerika wie 1895 in Deutschland — keine Krisenjahre. In diesen wächst aber die Arbeitslosigkeit zu entsetzlicher Ausdehnung an.

Und Krisen sind in der kapitalistischen Produktionsweise nicht zu vermeiden. Schon die Planlosigkeit der kapitalistischen Wirthschaft bringt solche mit Nothwendigkeit mit sich, und diese Anarchie wächst in dem Maße, in dem die Wirthschaft jedes einzelnen Landes vom Weltmarkt abhängiger wird und dieser selbst sich erweitert. Dazu kommt aber der stete Drang des Kapitals, die Produktion auszudehnen. Es wachsen die der Kapitalistenklasse zu Gebote stehenden Produktionskräfte, durch die Zunahme der Menge von Lohnarbeitern, durch den technischen Fortschritt, sowie endlich durch die Massen von Reichthum, den die Ausbeutung der Kapitalisten einbringt und von dem sie den größten Theil wieder als Kapital profittragend anlegen wollen. Aber der Markt dehnt sich nicht in demselben Maße aus wie die Produktionskräfte der kapitalistischen Produktion; er hält diese zurück, preßt sie gewissermaßen zusammen, so daß sie um so höher emporzuschellen, wenn einmal der Markt sich rascher als gewöhnlich ausdehnt. Die Produktion wird dann in einer Aera wirthschaftlichen Aufschwunges sprunghaft erweitert, weit über die neuen Bedürfnisse des Marktes hinaus. So folgt jeder Periode der Prosperität naturnothwendig eine Krise,

die umso verheerender wirkt und umso länger dauert, je länger und kraftvoller vorher der Aufschwung gewesen.

Während des jüngsten Produktionsrausches war alle Welt in glücklichster Stimmung und wiegte sich in den süßesten Träumen darüber, daß endlich eine Zeit gekommen sei, in der der wirtschaftliche Aufschwung endlos vor sich gehen könne, ohne durch einen Krach unterbrochen zu werden. Umsonst erhoben die Sozialdemokraten ihre warnenden Stimmen. Ihre ökonomische Einsicht wurde als veralteter Formelkram verhöhnt. Seitdem hat sich die Prophezeiung der Sozialdemokratie leider zu sehr bestätigt. Wir sind wieder einmal in einer der verurteiltesten Krisen drin, wie jetzt Jedermann zugiebt, unwissende Burschen und feile Klopffechter des Bestehenden ausgenommen.

Leider giebt es keine amtlichen Statistiken dafür, aber die oben angeführten Ziffern der deutschen Arbeitsnachweise sprechen eine herabete Sprache. Im Durchschnitt waren von 1896—99 im Dezember auf 100 offene Stellen 146 Arbeitsuchende gekommen, im Jahre 1899 war ihre Zahl im erwähnten Monat auf 131 zurückgegangen, im Dezember 1901 dagegen schnellte sie auf 240 in die Höhe, um 91 pCt. War die Zahl der Arbeitslosen in demselben Maße gewachsen, dann hätte sie sich von 800 000 auf 1 500 000 vergrößert!

Und dabei sind wir erst am Anfange der Krise; die schwersten Zeiten liegen noch vor uns. Selbst die zahnigsten und optimistischsten Sozialreformer schreien heute angstvoll nach Maßregeln zur Unterstützung der Arbeitslosen, nur die Arbeiterfreunde vom Zentralverein deutscher Industrieller mit ihrem Musterbürger haben die Stirn, in einer solchen Situation über die Arbeitslosigkeit zu spötteln und sie als eine Erfindung sozialdemokratischer Phantasie hinzustellen!

Dabei nimmt die Arbeitslosigkeit immer schlimmere Formen an. Namentlich zwei Umstände kommen hier in Betracht. Einerseits werden die Krisen immer länger andauernd. Nennen sie ehemals wie ein Gewitter, das rasch vorüberzog, um einem neuen Aufschwung Platz zu machen, so folgt jetzt jeder Krise eine längere Depression, ein Zustand trägen Geschäftsganges und hochgradiger Arbeitslosigkeit, der sich durch eine ganze Reihe von Jahren hinzieht. Je länger aber die Arbeitslosigkeit dauert, desto tiefer drückt sie den Arbeiter herab, desto mehr bedeutet sie für ihn die furchtbare Wahl zwischen Bettel, Verbrechen und Hungertod! Andererseits trifft die Arbeitslosigkeit immer mehr die älteren Leute. Wir haben schon gesehen, wie das Kapital und das mit ihm konkurrierende Kleingewerbe Kinder und junge Leute mit Vorliebe zur Lohnarbeit heranzieht und eine wahre Eier nach jungem Menschenfleisch entwickelt. Je mehr es davon hat, desto eher kann es auf die älteren Arbeiter verzichten. Aber der Arbeiter wird auch umso früher alt und arbeitsunfähig, je eher er in das Joch der Lohnarbeit gespannt wird.

„Mit dem Wachsthum der Konkurrenz,“ sagt Lugaan Baranowsky in seinem schon erwähnten Buche über die englischen Handelskrisen, „wird das Leben immer schwerer, immer früher wird die Arbeitskraft durch das Kapital konsumiert und hört auf, von dem Arbeitsmarkt aufgenommen zu werden.“ Er zitiert Gibson, der darlegt, daß es in vielen Industriezweigen, so z. B. im Bergbau, unter den Matrosen, Spinnern, in der Metallbranche, im Maschinenbau für einen Mann von 40—50 Jahren tatsächlich unmöglich ist, eine gesicherte Beschäftigung zu finden. Trotz aller seiner Bemühungen, das Aussehen eines nicht alten Mannes zu bewahren, fühlt ein solcher Arbeiter, daß die Arbeit seinen Händen entgleitet; seine Geschicklichkeit und Erfahrung können ihn nicht vor der Konkurrenz der jungen Generation retten, die ihn in der Schnelligkeit der Arbeit und der Muskelenergie überholt.“

In England sind nach Charles Booth fast die Hälfte (40—45 pCt.) der Arbeiter, die über 65 Jahre alt sind, im Armenhaufe.

Bei einer jeden Krisis sind die alten Arbeiter diejenigen, die zuerst ent-

lassen werden, bei einer jeden Wiederbelebung des Geschäftsganges sind sie die letzten, die wieder Arbeit finden. Gerade diese Arbeitslosen wurden von der offiziellen Statistik am ehesten übergangen, da diese die über ein Jahr lang Arbeitslosen sowie solche Arbeitslose, die in einem Nebenberuf Arbeit fanden, nicht mitzählte. Trotzdem fand sie bei der Eintheilung nach Altersklassen, daß von je 100 Arbeitern der betreffenden Altersklasse arbeitslos waren:

Alter	am 14. Juni 1895			am 2. Dezember 1895		
	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen
14—20 Jahr .	1,57	1,07	1,36	3,80	2,62	3,24
20—30 „ .	2,23	1,71	2,03	5,23	3,96	4,74
30—50 „ .	2,06	1,50	1,92	5,46	4,69	5,27
50—70 „ .	2,82	1,76	2,48	8,17	6,51	7,64
über 70 Jahr .	3,78	2,12	3,21	8,41	5,10	7,27
Im Durchschnitt	2,10	1,46	1,88	5,32	3,94	4,84

Wir sehen, die Arbeitslosigkeit nimmt immer schmerzlichere und verheerendere Formen an. Und sie ist die furchtbarste Geißel, die die Arbeiterklasse kennt. Der Sklave, der Leibeigene mußte bei aller Trohn, allen Entbehrungen doch seine Existenz gesichert. Sein Ausbeuter war auch sein Schutzherr, der sein Leben zu schützen und seine Lebensnothdurft zu sichern hatte. Die Lösung des Arbeitsverhältnisses in dem Moment, in dem es aufhört, profitabel zu sein, die stete Bedrohung des Arbeiters mit Arbeitslosigkeit, das heißt mit dem Aufhören seines Broterwerbs, ist eine Eigentümlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise, die mit ihr wächst und gedeiht. Und vor dieser schlimmsten Geißel ist kein Arbeiter sicher, auch der bestgestellte nicht, und je größer sein Wohlstand in der Arbeit, umso peiniger das Elend der Arbeitslosigkeit. Zunahme der Arbeitslosigkeit heißt Zunahme der Unsicherheit, des Druckes, der Erniedrigung.

Die Thatsache der Arbeitslosigkeit allein würde also schon genügen, den Satz des sozialdemokratischen Programms vom Wachsthum des Elends zu rechtfertigen. Aber es ist nicht die einzige Thatsache, die ihn rechtfertigt. Wir haben genug andere gefunden.

Werfen wir nochmals einen Blick auf die Ergebnisse dieses Kapitels. Es hat uns Folgendes gezeigt: Es ist richtig, daß es der Arbeiterklasse durch steten und rücksichtslosen Kampf gegen die Kapitalistenklasse gelingen kann und theilweise schon gelungen ist, manche Formen des Elends einzudämmen. Es ist ihr gelungen, die Arbeitszeit vielfach, mitunter ganz erheblich, zu verkürzen und die Löhne zu erhöhen, wenn auch lange nicht in dem Maße, wie bürgerliche Ökonomen behaupten. Es ist dadurch sowie durch die Fortschritte der hygienischen Technik gelungen, die Sterblichkeit zu verringern und den Ueberschutz der Geburten über die Todesfälle zu vergrößern. Es ist der Arbeiterklasse dort, wo sie politisch regsam und einflußreich ist, auch gelungen, die Bevölkerung geistig und sittlich zu heben, die Zahl der Verbrechen zu verringern. Aber so stark ist die niederdrückende Einwirkung des Kapitalismus auf die anderen Volksklassen, daß im Ganzen und Großen die Zahl der Verbrechen steigt und eine eigene, zunehmende Verbrecherbevölkerung sich bildet, wie die steigenden Zahlen der jugendlichen Verbrecher und der Rückfälligen beweisen. Dabei nimmt die Wucht des Konkurrenzkampfes so zu, daß immer mehr Mitglieder der bestehenden Gesellschaft die Widerstandskraft gegen die Schläge des Lebens verlieren, wie die zunehmende Zahl der Irren und der Selbstmorde beweist. Dazu wächst das Elend der Wohnungsnoth, das Elend der Auflösung der Familie

durch die zunehmende Erwerbsarbeit der Frauen, es wächst die Unsicherheit der Existenz durch die Zunahme der Arbeitslosigkeit in ihren schwersten Formen durch die Ausdehnung der Krisen.

Wer die gesellschaftliche Entwicklung in ihrer Gesamtheit im Laufe des vergangenen Jahrhunderts im Auge hat, wer nicht voreilig oder kurzsichtig allgemeine Gesetze aus einzelnen Theilerscheinungen ableitet, die auf einige kleine Gruppen oder eine kurze Spanne Zeit — etwa die fünf Jahre des letzten wirtschaftlichen Aufschwunges — beschränkt sind, der muß, wenn es ihm wirklich um die Wahrheit und nicht darum zu thun ist, die Besitzlosen im Interesse der Besitzenden irre zu führen, anerkennen, daß das Programm der Sozialdemokratie vollkommen im Recht ist, wenn es davon spricht, daß die ökonomische Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung für die Lohnarbeiter, Kleinbürger und Bauern nichts Anderes bedeutet als „wachsende Zunahme der Unsicherheit der Existenz, des Elends, des Grades, der Anechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung“.

III. Was nützt die Sozialdemokratie dem Volke?

Wir haben genügend Gelegenheit gehabt zu sehen, wie es mit der Wahrheit der bürgerlichen Beweise gegen das Programm der Sozialdemokratie bestellt ist. Entweder geben sie den Sinn des Programms oder die Thatfachen falsch wieder — vielfach sündigen sie auch nach beiden Richtungen.

Es fehlt uns der Raum, dies noch für alle die anderen Behauptungen zu beweisen, die Bürger in so reichlicher Fülle austreut. Nur eine sei hier kurz berührt. Unser Bürger erklärt einmal mit jenem heiligen Eifer für das Wohl und die Ehre der Arbeiterschaft, der ihm die Gunst des Scharfmacher-Vereins zugezogen: „Die sozialdemokratische Behauptung, daß der Arbeiter nicht sparen kann, enthält eigentlich nicht nur eine Unwahrheit, sondern auch ein Unrecht, um nicht zu sagen eine Beleidigung gegen die Arbeiter, die zu Millionen ihre Fürsorge für ihre Familien durch Sparsamkeit bethätigen“.

Die Sozialdemokratie hat nirgends erklärt, der Arbeiter kann nicht sparen, sie hat nur erklärt, viele Arbeiter könnten nicht sparen. Sie hat aber die Ursache davon nicht bei den Arbeitern gesucht, also diese nicht beleidigt, sondern in den niederen Löhnen, die ihnen bezahlt werden. Liegt darin eine Beleidigung, so wendet sie sich gegen die Lohnbrüder und ihre Helfershelfer, die Bürger und Konferten. Was aber die Sozialdemokratie stets betont hat, das ist die Unmöglichkeit, durch Mittel wie Sparkassen oder Genossenschaften die Arbeiter zu befreien und in den Besitz ihrer eigenen Produktionsmittel zu setzen, sie zu ihren eigenen Unternehmern zu machen. Das aber haben jene Schönfärber, deren Geschäft es ist, die Arbeiter einzulullen, stets behauptet. Die Sozialdemokratie hält es für höchst wünschenswerth, daß jeder Arbeiter einen Groschen für die Zeiten der Noth zurücklegt, aber sie bestreitet, daß die Masse der Arbeiter sich durch Ersparnisse aus ihrer Klasse heraus in eine höhere gesellschaftliche Stellung erheben kann. Die von Bürger vorgeführten Zahlen bestätigen es. Obwohl in den Sparkassen nicht bloß Lohnarbeiter ihre Ersparnisse anlegen, sondern auch Handwerker, Kleinbauern, die Kinder sehr wohlhabender Eltern u. dergl., beträgt der durchschnittliche Buchwerth in den sächsischen Sparkassen 397 Mark. Also auf den Einleger kommen durchschnittlich kaum 400 Mark. Mit 400 Mark wird man aber heute noch lange nicht zum selbständigen Unternehmer. Auch wenn man eine Aktie darum kauft, gewinnt man damit nur die Aussicht, von den großen Kapitalisten gerupft zu werden, keineswegs die, in die Reihen der Kapitalisten aufzusteigen. Ja selbst zu einer kleinen Rente für das Alter reicht dieses Sümmchen nicht. Die erste Zeit der Arbeitslosigkeit zehrt es auf.

Es sind die Illusionen des Sparens, nicht das Sparen, was die Sozialdemokratie bekämpft.

Wenn und soweit aber der Arbeiter heute mehr sparen kann, verdankt er das den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, die ihn organisiert, aufgeklärt und seinen Einfluß in der Gemeinde und im Staat vermehrt haben, was sich in dem Wachstum der Löhne zeigt.

Bürger weiß natürlich auch das wieder besser. Wenn die Sozialdemokraten erklären, die Verbesserung in der Lage der Arbeiter sei ihrer Partei zuzuschreiben, so wird „diese Behauptung nur eine neue Unwahrheit zu allen bisherigen sein. In Wirklichkeit ginge es dem deutschen Arbeiter bei Weitem besser, wenn er sich mit der Sozialdemokratie garnicht eingelassen hätte“.

Den Beweis für diese kühne Behauptung liefert der Anwalt des Schärfermacher-Verbandes durch eine Vergleichung der Löhne in Deutschland mit denen in Amerika und England. Er beruft sich auf ein „großes Werk“ des amerikanischen Statistikers Carroll Wright, in dem dieser berechnet haben soll, daß der Arbeiter, um seine notwendigen Bedürfnisse bei den bestehenden Löhnen zu decken, in England 209, in Nordamerika 225 und in Deutschland 240 Arbeitstage im Jahre arbeiten müsse. Der Arbeiter ist also in England und Amerika weit besser daran, als in Deutschland. In den ersteren beiden Ländern giebt es aber bisher keine Sozialdemokratie von Belang, demnach fahren die Arbeiter ohne Sozialdemokratie besser als mit ihr.

„Wo also unsere Sozialdemokraten die Besserung in der Lage der deutschen Arbeiter als Verdienst der Sozialdemokratie hinstellen wollen, da möge man die Herren getrost auslachen und auf die unanfechtbare Thatsache hinweisen, daß sich die Arbeiter gerade in den Ländern am besten befinden, wo man vom Sozialismus bis zum heutigen Tage nichts wissen will“.

Da haben wir die Krone bürgerlicher Wissenschaftlichkeit und Ehrlichkeit, aber auch seiner Kühnheit. Denn er muß die Intelligenz der „denkenden Arbeiter“, an die er sich wendet, unglaublich tief einschätzen, wenn er es wagt, ihnen mit einer solchen Beweisführung zu kommen.

Ist denn das etwas Neues, was er uns da vorbringt? Weiß nicht alle Welt, daß die Löhne in England und Amerika höher sind als bei uns? Aber wenn diese Thatsache etwas gegen die Sozialdemokratie beweisen sollte, dann müßte dieser Lohnunterschied erst eingetreten sein, seitdem es in Deutschland eine Sozialdemokratie giebt. Es ist jedoch allbekannt und selbst unser Bürger muß es wissen, daß diese Unterschiede in der Lohnhöhe schon lange vor der Sozialdemokratie bestanden; wenn er sie ihr trotzdem an die Rockshöhe hängen will, so ist das unter den vielen plumpen Kunststücken unseres statistischen Taschenspielers wohl das plumpste.

Da in England und Amerika die Löhne schon zu einer Zeit höher als in Deutschland waren, als man von einer Sozialdemokratie noch nichts mußte, müssen die Unterschiede zwischen hier und dort auf ganz anderen Ursachen beruhen. Und sie liegen klar zu Tage. Man hat sie darin zu suchen, daß Deutschland ökonomisch und politisch seit dem 17. Jahrhundert bis zum Anfang des 19. verkam, während England gerade in dieser Zeit in jeder Beziehung in die Höhe ging, und der Arbeiter Amerikas von allen Lasten befreit blieb, die ihn in Europa das liebliche Gemisch von fürstlicher, päpstlicher, feudaler und kapitalistischer Ausbeutung auferlegte. Der Aufschwung Englands ist zum Theil der Veränderung der Handelswege zuzuschreiben, die seit der Entdeckung Amerikas und des Seeweges nach Ostindien vor sich ging, zum Theil aber auch dem politischen Gang der Dinge. Die Religionskämpfe im 30jährigen Kriege zerstampften Deutschland. Diese Kämpfe, in denen es sich anscheinend um die Religion handelte, waren in Wirklichkeit Kämpfe der kleinen deutschen Fürsten

gegen die Kaisermacht, in denen die Zerrissenheit Deutschlands und der fürstliche Absolutismus begründet wurde. Im 18. Jahrhundert setzte sich die Verwüstung Deutschlands durch den Hader seiner Potentaten, namentlich der Hohenzollern mit den Habsburgern fort, nur hatte er kein religiöses Mäntelchen mehr. Das Ende des Jahrhunderts brachte dann alle diese einander so feindlichen Dynastien unter einen Hut, als es galt, die neue französische Freiheit zu erwürgen. Aber es kam anders, als die deutschen Dynasten erwartet, sie wurden aus Frankreich verjagt, und so entfesselten sie eine neue Serie von Kriegen, in denen wieder Deutschland den hauptsächlichsten Kriegsschauplatz lieferte.

Als das Elend und der wirtschaftliche Niedergang, der aus den ewigen Kriegen der deutschen Fürsten entsprang, wurde für den Arbeiter noch vermehrt durch den gänzlichen Mangel an Bewegungsfreiheit, der mit dem fürstlichen Absolutismus verknüpft war und der bis in den Anfang der sechziger Jahre dauerte. Das Fehlen aller politischen Freiheiten und Rechte, das war's, was neben dem ökonomischen Niedergang den deutschen Arbeiter so tief unter den englischen und amerikanischen herunterbrachte.

Der amerikanische Arbeiter blieb nicht bloß verschont von feudalem Druck, von Militarismus und Fürstenmacht, er erfreute sich nicht nur von Anfang an der größten Bewegungsfreiheit, er war nicht nur mit anderen Klassen gleichberechtigt, für ihn bestand auch nicht das Hemmnis des Privateigentums am Boden, da so viel Land frei für Jeden dalag, der es bebauen wollte, daß Niemand gezwungen war, sich als Lohnarbeiter zu vermieten. Das wichtigste Produktionsmittel, der Grund und Boden, stand Allen zu Gebote.

Auch dem englischen Volke blieben, Dank seiner insularen Lage, Verwüstungen durch Kriege erspart und in Folge dessen auch der Druck eines übermächtigen Militarismus und des Absolutismus. Von 1847 an gesellte sich zu den Vorteilen der englischen Arbeiterklasse der Freihandel, der ihr billige Lebensmittel sicherte. Das sind die Ursachen der besseren Lage der englischen und der amerikanischen Arbeiter.

Wer aber ist es, der die Ursachen dieser Ueberlegenheit nach Deutschland verpflanzen will, wer ist es, der am energischsten den Militarismus bekämpft, dem Zollwucher entgegentritt, die Koalitionsfreiheit und das allgemeine Wahlrecht verteidigt, die Staatsgewalt zur Dienerin des Volkes zu machen sucht?

Die Sozialdemokratie.

Und wer ist es, der am energischsten alle jene Mittel fördert und verteidigt, durch die das arbeitende Volk Deutschlands unter das Englands und Amerikas herabgedrückt wurde und herabgedrückt wird? Die Götter des Herrn Bürger, der Zentralverband deutscher Industrieller.

Wenn der Arbeiter in Deutschland heute noch schlechter dran ist als in Amerika und England, so verdankt er das jenen Parteien und jenen gesellschaftlichen und politischen Mächten, die im schroffsten Gegensatz zur Sozialdemokratie stehen.

Wie aber hat sich, nachdem der deutsche Arbeiter einmal so tief herabgedrückt worden war, seine Lage im Verhältnis zu der des englischen und amerikanischen Arbeiters gestaltet, seitdem die deutsche Sozialdemokratie ihre Wirkungen im politischen und ökonomischen Leben zu üben begann?

Diese Frage mußte Bürger beantworten, wenn er wirklich der Meinung war, in der Verschiedenheit der Löhne drücke sich die Wirksamkeit der Sozialdemokratie aus, und wenn er ehrlich darnach strebte, diese aufzuheben.

Allerdings leicht ist die Antwort nicht bei der Unzuverlässigkeit aller Lohnstatistiken, die sich über größere Gebiete und größere Zeiträume erstrecken, aber einige Anhaltspunkte zur Kennzeichnung der Richtung, welche die Entwicklung der Arbeitslöhne in jedem der genannten Länder genommen, haben wir doch.

Bürger hat krumphörend darauf hingewiesen, daß der Arbeiter für seines Lebens Nothdurft in England 209, in Nordamerika 225, in Deutschland 240 Tage zu arbeiten habe. Es war uns trotz eifrigsten Nachforschens in Berliner und Londoner Bibliotheken nicht möglich, des Buches habhaft zu werden, auf das er sich beruft, dessen Titel er jedoch verschweigt. Wir wissen daher nicht, ob er die Zahlen richtig wiedergiebt und wie sie zu Stande gekommen sind, ob sie und das Buch, auf das er sich beruft, auch wirklich existiren. Aber nehmen wir sie als richtig an. Danach stände der Reallohn, das heißt die Menge Lebensmittel, die für den Geldlohn gekauft werden kann, gegenwärtig in Amerika um nicht ganz 7 pCt. höher als in Deutschland.

Ueber die Geld- und Reallohne in Amerika von 1880 erschien 1886 eine Lohnstatistik, die Professor Schäßle mit deutschen Statistiken verglich. Er kam zu dem Resultat, die Geldlohne seien in Amerika dreifach, die Reallohne wahrscheinlich doppelt so hoch wie in Deutschland. Und heute glaubt Bürger seinen stärksten Trummpf gegen die Sozialdemokratie auszuspielen, wenn er eine Angabe vorführt, nach der die Reallohne in Amerika um ganze sieben Prozent höher sind als in Deutschland. Ist das richtig, dann sind die Reallohne in Deutschland, wo die Sozialdemokratie so stark, weitrafcher gestiegen als in Amerika, wo ihr Einfluß noch unbedeutend.

Weder die Schäßlesche noch die Brightsche Berechnung dürfen buchstäblich genommen werden; derartigen Berechnungen hängen immer viele Fehler an. Aber alle Thatsachen weisen darauf hin, daß allerdings der Unterschied in der Lebenslage zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Arbeiter im Jahrzehnten ist, der vor wenigen Jahrzehnten noch so stark war. Und das Gleiche gilt vom englischen gegenüber dem deutschen Arbeiter. Unter der Führung der Sozialdemokratie macht dieser immer mehr die Rückständigkeit wekt, in die ihn ökonomischer Niedergang, Krieg und Knechtung verfezt hatten.

Es sind leider Einzelthatsachen, die darauf hinweisen. Statistische Aufnahmen der Löhne für ganz Deutschland und längere Zeiträume haben wir nicht. Die Angaben der Unfallversicherung sind nicht sehr verlässlich. Indeß dürften die meisten ihrer Fehlerquellen sich wiederholen, so daß ihre Lohnangaben wenigstens einigermassen die wirkliche Bewegung der Löhne widerspiegeln.

Da ist es denn sehr bezeichnend, daß im letzten Jahrzehnt die Durchschnittslohne in England (wie wir oben gesehen) und Amerika ziemlich stabil blieben, ja in Amerika die Neigung zum Sinken zeigten; sie betragen dort nach dem Censusbericht 1780 Mark im Jahre 1889/90 und 1750 im Jahre 1899/1900. In Deutschland dagegen stiegen die (anrechnungsfähigen) Löhne der gewerblichen Arbeiter nach den Angaben der Berufsgenossenschaften durchschnittlich von 648 (1890) auf 779 Mark (1900), also um 20 pCt. So unzuverlässig diese Prozentzahl sein mag, ein entschiedenes Steigen zeigt sie doch an, das wird am allerwenigsten unser Bürger bestreiten wollen, der aufs festeste auf die von den Berufsgenossenschaften gelieferten Lohnziffern baut.

Trohdem das Proletariat in Deutschland viel mehr geschlecht eingeeengt ist und seine städtischen Theile durch Zuzug rückständiger Schichten vom Lande viel mehr gehemmt werden, als in England, wo es keine Bauern mehr giebt, und in Amerika, wo der Zubachs an Bauern noch unbebautes Land vorfindet, haben seine Lohnverhältnisse sich im letzten Jahrzehnt erheblich günstiger entwickelt, als in England und Amerika. Also dort, wo die Sozialdemokratie am stärksten, steigen die Löhne am meisten.

Will man das Wirken der Sozialdemokratie am Bürgerschen Maßstab messen, dann spricht dieser für sie, wenn man nicht die Unterschiede der Löhne, die in den zwei Jahrhunderten vor der Sozialdemokratie gebildet wurden, sondern das Maß ihres Anstiegens seit dem Wirken der Sozialdemokratie in Betracht zieht.

Und das ist auch sehr erklärlich, wenn man sich das Wesen der Sozialdemokratie vergegenwärtigt. Die Waffen, die dem Proletariat zum Kampfe gegen das Kapital zur Verfügung stehen, sind in allen Kulturländern dieselben und es wendet sie überall an, ob eine Sozialdemokratie dort besteht oder nicht. Überall gründet es Gewerkschaften, Konsumvereine, Produktivgenossenschaften, nimmt es Theil an den Wahlen, um Vertreter seiner Interessen in die gesetzgebenden Körperschaften und die Gemeindevertretungen zu bringen. Aber es entwickelt diese Thätigkeit in anderer Weise dort, wo die Sozialdemokratie in der Arbeiterschaft Wurzel gefaßt hat, als dort, wo sie einflußlos ist. In den letzteren Ländern zersplittert das Proletariat seine Kräfte, indem es jede seiner Waffen ohne Zusammenhang mit den anderen gebraucht. Die Gewerkschafter, die Genossenschaftler, die Politiker, die Gemeinderäthe denken da jeder nur an ihr begrenztes Gebiet, sie wirken nie zusammen und sie denken stets nur an das Zunächstliegende. Alle Politik, alles gesellschaftliche Leben, das außerhalb der zunächstliegenden und engsten Arbeiterinteressen liegt, wird den Besitzenden überlassen, die die ganze Staatsmaschinerie in den Händen haben und die unumschränkten Herrscher über das ganze Denken und Fühlen des gesammten Volkes, die Arbeiter unbegriffen, bleiben, so daß sie mit den gelegentlichen Widerstandsversuchen einzelner Schichten der letzteren leicht fertig werden.

Ganz anders dort, wo die Sozialdemokratie auf das Proletariat Einfluß gewinnt. Was sie ihm bringt, das ist die Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge. Aus den instinktiven Widerstandsversuchen der Proletarier macht sie einen planmäßigen Kampf, die zersplitterten Kräfte faßt sie zu einer gemeinsamen Armee zusammen, in der jede Waffengattung in ihrer Weise kämpft, die anderen unterstützt und mit ihnen dem gleichen Ziele zustrebt. Sie zeigt den Proletariern den Zusammenhang ihrer engeren Interessen mit den allgemeinen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen, lehrt sie, auch diese verstehen und in sie selbständig eingreifen, macht sie in der Presse, in den Parlamenten, in ihren internationalen Beziehungen unabhängig von der Vormundschaft der besitzenden Klassen. So setzt sie der Bourgeoisie, welche die Staatsgewalt und die öffentliche Meinung beherrscht, eine eigene öffentliche Meinung und eine eigene Partei entgegen, durch die jeder einzelne größere Kampf einer einzelnen Proletarierschicht um ihre Hebung zu einer Angelegenheit der ganzen Arbeiterschaft der Nation, ja aller Nationen wird.

So wie eine geschlossene, wohldisziplinierte und wohlbewaffnete Armee, die geführt ist von einem Generalstab, der die Kriegsgeschichte, das Kampfterrain, die eigenen und die feindlichen Kräfte genau kennt, und der die Offensive im geeigneten Moment zu ergreifen weiß, überlegen ist einem Landsturm, der sich mit eilig zusammengerafften Waffen gegen einen eindringenden Feind erhebt, wobei jeder Heerhaufen für sich kämpft, sich auf die Vertheidigung seiner Heimath beschränkt und die Waffen niederlegt, wenn es ihm gelungen, den Angriff auf das beschränkte Gebiet abzuwehren, das er vertheidigt; so ist das Proletariat dort, wo die Sozialdemokratie es organisiert, diszipliniert, aufklärt und mit allen Waffen des politischen und ökonomischen Kampfes versieht, demjenigen überlegen, dem dieses Mittel der Aufklärung und der planmäßigen Zusammenfassung seiner Kräfte fehlt.

Das haben die schlauesten unter den Gegnern der Arbeiterschaft erlannt. Zuerst in England. Sie stehen ab von der gewaltthätigen Unterdrückung durch politische Mittel, welche nur den Erfolg hat, die Arbeiter in hellen Haufen der Sozialdemokratie zuzuführen. Sie biederern sich vielmehr an die Arbeiterschaft an unter der Maske der Arbeiterfreundlichkeit, verleumden die Sozialdemokratie und suchen den Arbeitern weiß zu machen, ein großer Theil der Bourgeoisie nichts fehnlicher, als ihnen beizustehen. Sie schwärmen für Gewerk-

schaffen, Genossenschaften, sogar für die Wahl von schlechten Arbeitern in die Volksvertretung, sie behaupten, wie gern sie all das und damit den Aufstieg der Arbeiterchaft fördern möchten, wenn nur die Sozialdemokratie nicht wäre, die den Klassenkampf predigt und den Unfrieden säet.

Von diesen Schmeicheleien, wie sie jetzt auch unser Arbeiter- und wahrheitsfreundlicher Bürger führt, lassen sich die Arbeiter Englands und Amerikas hinhören. Die Folge haben wir gesehen. Man begreift nun, welche Gründe der Zentralverband hat, den Bürger auf die Sozialdemokratie loszulassen. Gelänge es ihm, das Vertrauen zur Sozialdemokratie in den arbeitenden Massen zu erschüttern, so bedeutete das billigere Löhne und abhängigere Arbeiter. Hat aber die Sozialdemokratie von Anfang an für das arbeitende Volk segensreich gewirkt, so bedarf es ihrer heute mehr als je. Wir haben gesehen, daß es ihrem Wirken gelungen ist, in manchen Beziehungen das Elend zurückzudämmen. Aber alle Ergründungen der arbeitenden Massen werden wieder in Frage gestellt durch die neueste Entwicklung.

Die Krisis droht eine der schwersten, wenn nicht die schwerste, zu werden, die wir bisher erlebt. Die Anforderungen an die Arbeiterorganisationen werden aufs Höchste angespannt, die nichtorganisierten Arbeiter erheblich herabgedrückt werden. Dem Fallen der Löhne entspricht diesmal aber nicht ein Fallen der Preise, da die Kartelle in vielen und gerade den wichtigsten Industriezweigen dem entgegenwirken. Indes genügt den großen Monopolisten der Industrie ihre ökonomische Macht über Arbeiter und Konsumenten nicht; sie werden auch immer mehr zu Herren der Regierungen, ja der Parlamente und verstärken ihre ökonomische Uebermacht noch in's Unerträgliche durch die Ausnutzung der Staatsgewalt. Zu ihnen gesellen sich die Monopolisten des Bodens, die großen Grundbesitzer, deren ökonomisches Monopol in Europa durch die Entwicklung des Verkehrswesens bedroht ist und die es nun durch Mittel der Gesetzgebung zu stützen suchen.

Die Erhöhung der Zölle ist ein politischer Vorstoß der vereinigten Monopolisten der Industrie und des Bodens, aber er ist nur ein Vorspiel weiterer Kämpfe. Denn keine Erhöhung der Zölle kann die Grundbesitzer auf die Dauer befriedigen, da jede durch Steigerung der Bodenpreise bald unwirksam wird. Und die Eier der Industriemonopolisten kennt keine Grenzen. Ueberdies aber müssen die erhöhten Zölle solche Theuerung, einen solchen Drang nach Lohnerschöbungen, und solche Zollkämpfe mit dem Auslande hervorrufen, daß eine Verschärfung aller sozialen und nationalen Gegensätze unvermeidlich ist.

Je mehr aber die Monopolisten und ihre Helfershelfer auf Widerstand im Volke stoßen, desto grenzenloser wird ihre Wuth, so daß sie schon mit der Bertrampefung der politischen Rechte und Freiheiten des deutschen Volkes drohen, um alle Schranken ihrer Willkürherrschaft niederzureißen.

Also immer stärker werden die Mächte, die das arbeitende Volk bedrohen, immer schwerer werden die Kämpfe, die es auszufechten hat. Umso dringender ist es nothwendig, daß es alle seine Kräfte aufbietet, seiner Gegner Herr zu werden, und daß es sich einmüthig um das rothe Banner der Sozialdemokratie scharft, das es bisher von Sieg zu Sieg geführt hat.

Sich der Sozialdemokratie anzuschließen, für die Sozialdemokratie bei der nächsten Wahl seine Stimme abzugeben, das ist heute mehr als je die Pflicht jedes Proletariers, der seine Klasse heben, seinen Kindern Wohlstand sichern will; es ist die Pflicht jedes denkenden Menschen, dem das Wohl der Gesamtheit am Herzen liegt.



z

18 02 87

schaffen, Genossenschaften, sogar für die Wahl von schlichten Arbeitern in die Volksvertretung, sie behaupten, wie gern sie all das und damit den Aufstieg der Arbeiterschaft fördern möchten, wenn nur die Sozialdemokratie nicht wäre, die den Klassenkampf predigt und den Unfrieden säet.

Von diesen Schmeicheltreden, wie sie jetzt auch unser arbeiter- und wahrheitsfreundlicher Bürger führt, ließen sich die Arbeiter Englands und Amerikas hinhören. Die Folge haben wir gesehen. Man begreift nun, welche Gründe der Zentralverband hat, den Bürger auf die Sozialdemokratie loszulassen. Gelänge es ihm, das Vertrauen zur Sozialdemokratie in den arbeitenden Massen zu erschüttern, so bedeutete das billigere Löhne und abhängigere Arbeiter. Hat aber die Sozialdemokratie von Anfang an für das arbeitende Volk segensreich gewirkt, so bedarf es ihrer heute mehr als je. Wir haben gesehen, daß es ihrem Wirken gelungen ist, in manchen Beziehungen das Elend zurückzudämmen. Aber alle Erungenschaften der arbeitenden Massen werden wieder in Frage gestellt durch die neueste Entwicklung.

Die Krise droht eine der schwersten, wenn nicht die schwerste, zu werden, die wir bisher erlebt. Die Anforderungen an die Arbeiterorganisationen werden aufs höchste angespannt, die nichtorganisierten Arbeiter erheblich herabgedrückt werden. Dem Fallen der Löhne entspricht diesmal aber nicht ein Fallen der Preise, da die Kartelle in vielen und gerade den wichtigsten Industriezweigen dem entgegenwirken. Indes genügt den großen Monopolisten der Industrie ihre ökonomische Macht über Arbeiter und Konsumenten nicht; sie werden auch immer mehr zu Herren der Regierungen, ja der Parlamente und verstärken ihre ökonomische Uebermacht noch in's Unerträgliche durch die Ausnutzung der Staatsgewalt. Zu ihnen gesellen sich die Monopolisten des Bodens, die großen Grundbesitzer, deren ökonomisches Monopol in Europa durch die Entwicklung des Verkehrswesens bedroht ist und die es nun durch Mittel der Gesetzgebung zu stützen suchen.

Die Erhöhung der Zölle ist ein politischer Vorstoß der vereinigten Monopolisten der Industrie und des Bodens, aber er ist nur ein Vorspiel weiterer Kämpfe. Denn keine Erhöhung der Zölle kann die Grundbesitzer auf die Dauer befriedigen, da jede durch Steigerung der Bodenpreise bald unwirksam wird. Und die Gier der Industriemonopolisten kennt keine Grenzen. Ueberdies aber müssen die erhöhten Zölle solche Theuerung, einen solchen Drang nach Lohnerhöhungen, und solche Zöllkämpfe mit dem Auslande hervorrufen, daß eine Verschärfung aller sozialen und nationalen Gegensätze unvermeidlich ist.

Je mehr aber die Monopolisten und ihre Helfershelfer auf Widerstand im Volke stoßen, desto grenzenloser wird ihre Wuth, so daß sie schon mit der Vertrampefung der politischen Rechte und Freiheiten des deutschen Volkes drohen, um alle Schranken ihrer Willkürherrschaft niederzureißen.

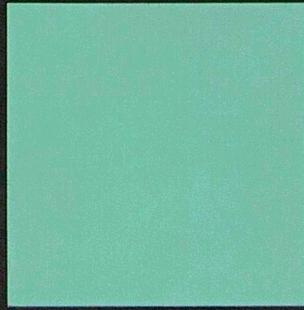
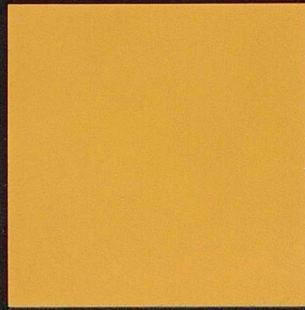
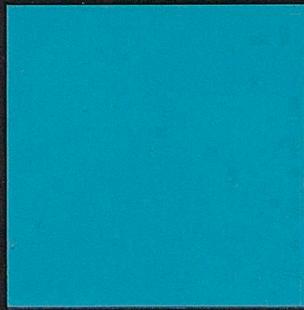
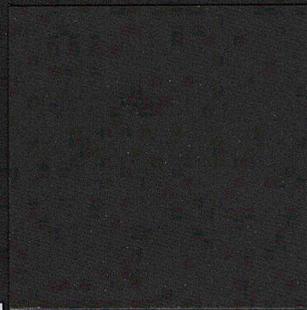
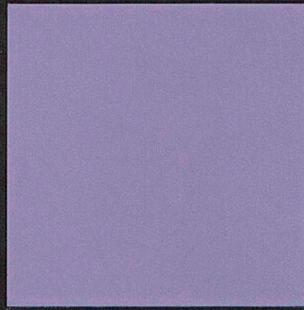
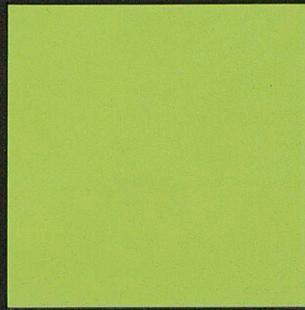
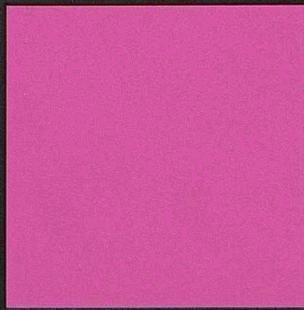
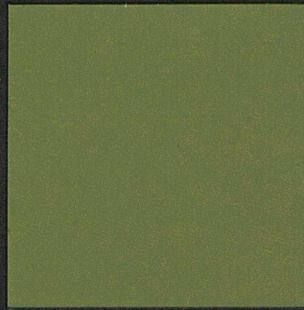
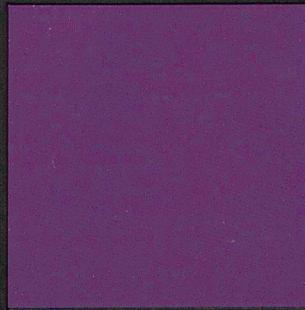
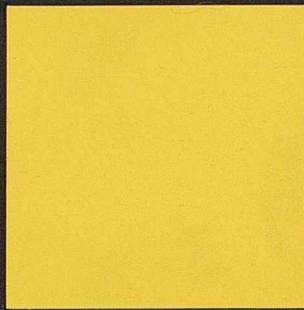
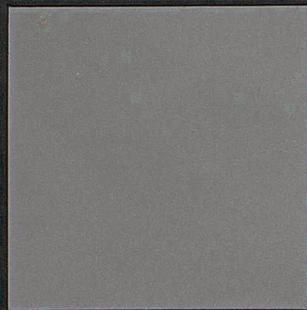
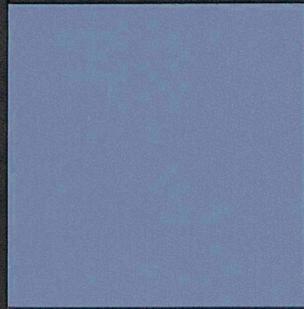
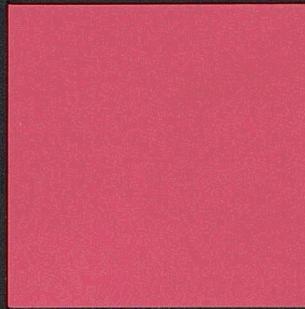
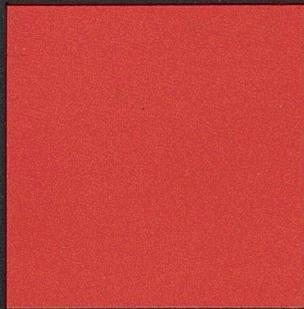
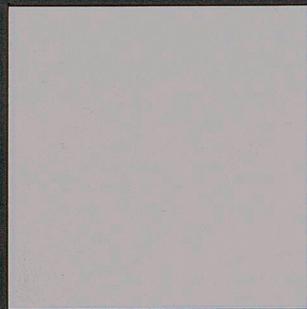
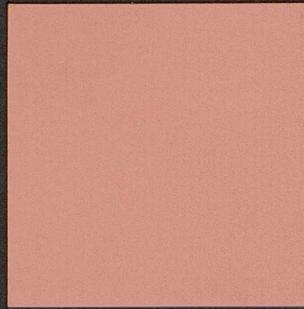
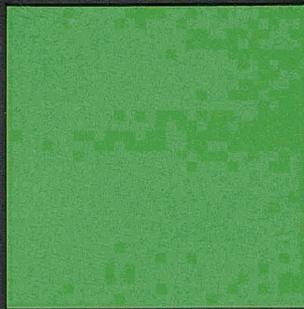
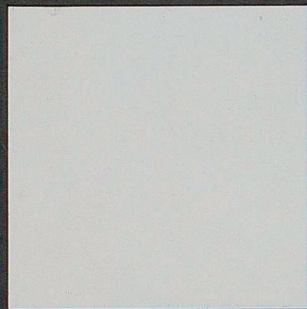
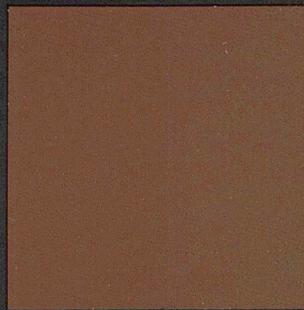
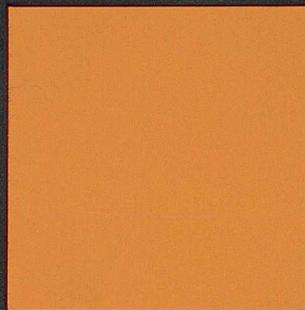
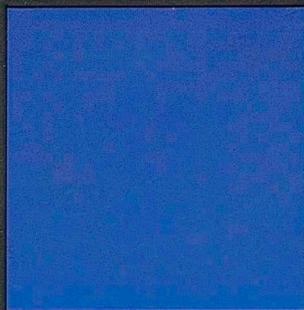
Also immer stärker werden die Mächte, die das arbeitende Volk bedrohen, immer schwerer werden die Kämpfe, die es auszufechten hat. Umso dringender ist es nothwendig, daß es alle seine Kräfte aufbietet, seiner Gegner Herr zu werden, und daß es sich einmüthig um das rothe Banner der Sozialdemokratie schaart, das es bisher von Sieg zu Sieg geführt hat.

Sich der Sozialdemokratie anzuschließen, für die Sozialdemokratie bei der nächsten Wahl seine Stimme abzugeben, das ist heute mehr als je die Pflicht jedes Proletariers, der seine Klasse heben, seinen Kindern Wohlstand sichern will; es ist die Pflicht jedes denkenden Menschen, dem das Wohl der Gesamtheit am Herzen liegt.



x-rite

ColorChecker CLASSIC



100mm